

# Pariser Commune Oktoberrevolution Chinesische Kulturrevolution:

Revolutionär-kommunistische  
Wegmarken für einen neuen  
Aufschwung der Bewegung

Seit über 200 Jahren ist der Kommunismus eine wohl-erwogene wissenschaftliche Annahme. Bereits während der radikalsten auf Gleichheit abzielenden Phase der französischen Revolution (1793) hat der Kommunismus aufzuhören begonnen, bloß eine utopische Wunschvorstellung zu sein.

Was beinhaltet der Begriff Kommunismus? Die Geschichte seit dem Altertum ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Klassen und unversöhnliche Klassengegensätze sind aber kein unabwendbares Schicksal. Sie bestehen nur, solange wir sie dulden. Die Klassengesellschaft kann aufgehoben werden. Sie ist eine vorübergehende Erscheinung, die erst während des verhältnismäßig kurzen Zeitraums der letzten 5.000 Jahre besteht. Die Unterwerfung und die Ausbeutung der Arbeiter/innen-Klasse sind überwindbar! Der Staat als Organisationsform der herrschenden Klasse kann entfallen. Eine ganz andere, kollektive und emanzipatorische Organisationsform kann an ihre Stelle treten. Diese beseitigt die ungleiche Verteilung der Reichtümer und kann den Menschen den Wechsel zwischen körperlicher und geistiger Arbeit genauso ermöglichen, wie den zwischen Stadt und Land. Die private Anhäufung gigantischer Reichtümer und ihre innerfamiliäre Weitergabe durch Vererbung werden abgeschafft. Die Existenz staatlicher Zwangsapparate wie Polizei und Militär wird sich mit Notwendigkeit erübrigen. In der Phase der Diktatur des Proletariats werden die Überreste der alten Gesellschaft bis in die Grundfesten zerstört. Mit der Anerkennung der Notwendigkeit der Zerschlagung des bourgeoisen Staates, und sei er so demokratisch wie immer er wolle, damit steht und fällt die Ernsthaftigkeit der kommunistischen Hypothese. Dann

folgt eine lange Phase der Reorganisation auf Grundlage einer freien Assoziation der Produzent/innen und Schöpfer/innen und des Absterben des Staates.

Diese Annahme fallen zu lassen, erweist sich als bedingungslose Kapitulation gegenüber sämtlichen Folgen, die sich aus dem Kapitalismus und seiner wie angegossen passenden Staatsform, der parlamentarischen Demokratie zwingend ergeben. Die Preisgabe der kommunistischen Hypothese zwingt zur widerstandslosen Hinnahme noch der monströsesten Ungleichheiten als so genannte Sachzwänge.

Das Vierteljahrhundert, das dem Beginn des Ersten Weltkriegs vorausging, war eine blühende Epoche vor allem des europäischen Kapitalismus. Aber die zunehmende Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten um Ressourcen, Anlage- und Absatzsphären verdunkelte zunehmend den Horizont. Die Prosperität des Zeitalters war drauf und dran, ihre Grenzen zu überdehnen. Dann brach der Weltkrieg in der Wahrnehmung vieler sozusagen als Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts über die Menschen herein. Es war aber bloß die Zeche, die für den vorausgegangenen Höhenflug der kapitalistischen Marktwirtschaft zu entrichten war.

Die Arbeiter/innen und die Volksmassen waren nicht bereit den Bürgerlichen bis ans bittere Ende zu folgen und den Herrschenden entglitt zunehmend die Kontrolle über die von ihnen selbst herbeigeführte Lage. So entstand mitten im Ersten Weltkrieg in Europa die umfassendste revolutionäre Situation des zwanzigsten Jahrhunderts, in der die Welt des Bürgertums bis an den äußersten Rand des Abgrunds heran rückte. In vielen Ländern Europas ereigneten sich

dem kriegsbedingten Ausnahmezustand zum Trotz breiteste Volksbewegungen gegen den Krieg und gegen dessen Verursacher, die herrschende Klasse, das Bürgertum: Demonstrationen, Streiks, kollektive Befehlsverweigerungen, Militärrevolten, Erhebungen, bewaffnete Aktionen. Kurz: Umwälzungen großen Ausmaßes standen auf der Tagesordnung. In Russland wurde zuerst der Zar gestürzt und weil die Bewegung genügend Schwung hatte, wenig später auch noch die Diktatur der Bourgeoisie. Die Volksmassen verschiedener Länder Europas schufen sich eigene Gegenmachtorgane in Form von Arbeiter/innen-, Bauern/Bäuerinnen- und Soldatenräten, die die bürgerliche Gesellschaft grundsätzlich in Frage stellten. In Ungarn, Bayern und anderen Teilen Deutschlands konnten kurzlebige Räterepubliken errichtet werden. Vor 90 Jahren, im Jänner 1919 wurden mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zwei herausragende Führer/innen der revolutionär-kommunistischen Arbeiter/innen-Bewegung von den Schergen der staatsstreuen sozialdemokratischen Gegenrevolution ermordet.

Worin bestand damals das Geheimnis der Überlegenheit der russischen revolutionären Arbeiter/innen-Bewegung gegenüber der westeuropäischen?

Der größte Wurf der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung war bis 1917 die Pariser Commune von 1871 gewesen. Sie hatte durch die Kombination aus Volksbewegung, führender Rolle der Arbeiter/innen-Klasse und bewaffnetem Aufstand einen grundlegend neuen und richtungweisenden Revolutionstyp begründet. Sie hat erstmals die außerordentliche Lebenskraft dieser Verbindung bewiesen. Drei Monate lang hat sie in einer der größten Hauptstäd-

Flugblatt zum 90. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, das auch auf dem Luxemburg-Kongress und der LLL-Demo im Jänner 2009 in Berlin verbreitet wurde

te Europas eine Macht neuen Typs ausüben können. Die innere Unterstützung zahlreicher Revolutionär/innen mit Migrationshintergrund (z. B. aus Polen) hat eindrucksvoll die Stärke des marxistischen Gedankens der Internationale bewiesen. Die Pariser Commune ist an ihrer Begrenztheit, ihr war es nicht gelungen, sich im nationalen Rahmen zu behaupten, und am Unvermögen gescheitert, den Kampf gegen die Konterrevolution wirksam zu organisieren. Die Bourgeoisie konnte mit stillschweigender Billigung des Auslands auf einen effizienten Militärapparat zählen.

Das Erfolgsrezept der Bolschewiki bestand gegenüber den bisherigen proletarischen Aufständen vor allem in der herausragenden Lösung der Probleme der Organisation und der Disziplin. Seit 1902 und Lenins Was tun? ist die Theorie und Praxis der zentralisierten und homogenen Klassenpartei, der revolutionär-kommunistischen Partei neuen Typs, zentraler Bestandteil der wohl erwogenen kommunistischen Vorhersage. Die sozialistischen Umwälzungen des Revolutionszyklus, der mit der Oktoberrevolution 1917 anbrach und nach der Großen Proletarischen Kulturrevolution

1976 eben so heroisch endete, hat die Fragen, die die Pariser Commune offen gelassen hat, tatsächlich gelöst. Die Revolution war in Rußland, in China, in Jugoslawien, in Albanien, in Korea, in Vietnam usw. unter Leitung der kommunistischen Partei durch bewaffneten Aufstand oder langandauernden Volkskrieg zeitweilig siegreich, jedenfalls wesentlich dauerhafter als die Pariser Commune. Die Errungenschaften dieser Umwälzungen sind durchaus bemerkenswert gewesen, z. B. auf den Gebieten der Erziehung, des Gesundheitswesens, der öffentlichen Ordnung usw. Auf internationaler Ebene haben diese Staaten den imperialistischen Staaten jenen Respekt abgetrotzt, um sie nach innen wie nach außen zu jener gewissen Vorsicht zu zwingen, die wir im inzwischen eingetretenen, gegenwärtigen Stadium des Imperialismus sehr vermissen.

Freilich sind auch im hinter uns liegenden Revolutionszyklus Probleme aufgetreten, deren erfolgreiche Lösung künftigen proletarisch-revolutionären Waffengängen obliegt. Tatsächlich hat sich die Partei, ausgerichtet auf den durch Aufstand und militärische Gewalt errungenen Sieg über die geschwächten reaktionären Kräfte, als unfähig erwiesen, einen Staat der Diktatur des Proletariats im Marxschen Sinn zu errichten, also einen Staat, der den Übergang zum Nicht-Staat organisiert, eine Macht der Nicht-Macht, eine dialektische Form des Absterbens des Staates.

Der Einsatz teilweise extremer polizeilicher Gewalt hat nicht ausgereicht, um die sozialistischen Systeme des 20. Jahrhunderts vor der ihnen inne-

wohnenden bürokratischen Trägheit zu retten. Die Entwicklung im halben Jahrhundert nach der Oktoberrevolution hat gezeigt, dass die Partei unfähig ist, die reale Dauerhaftigkeit und die schöpferische Transformation der kommunistischen Hypothese zu sichern. Die letzte abschließende Etappe des Revolutionszyklus des 20. Jahrhunderts von 1966 bis 1976, die Große Proletarische Kulturrevolution unter Führung von Mao Zedong hatte gerade dieses Bündel von Problemen im Visier. Die Kulturrevolution ist damit gescheitert, die Partei in der Massenbewegung zu regenerieren, zu entbürokratisieren und sie als Werkzeug der revolutionären Transformation wieder herzustellen. Nach Maos Tod hat eine Gruppe um Deng Xiaoping, der während der Kulturrevolution als Machthaber auf dem kapitalistischen Weg erkannt wurde, in einem Staatsstreich die Macht erobert. Wer die Redlichkeit und den Wahrheitsgehalt der kulturrevolutionären Kritik am Funktionärstyp Dengs leugnet, beweist angesichts der monströsen kapitalistischen Entwicklung Chinas nach 1978 unter Deng und dessen Nachfolgern, vor allem Realitätsverlust. In ihrem radikalen Scheitern gleicht die chinesische Kulturrevolution der Pariser Commune. Wie die Oktoberrevolution an die Pariser Commune angeknüpft hat und deren offene Fragen gelöst hat, so wird der kommende revolutionär-kommunistische Aufschwung die Probleme der Kulturrevolution zu lösen haben.

Im Gedenken an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und W. I. Lenin.



„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“  
Karl Liebknecht

# Wen trifft die Krise?

## 100 Milliarden € mehr für österreichische Banken und 100.000 Arbeitsplätze weniger

Wer jetzt drauf gehofft hat, dass es allen Bankern so gehen wird wie Flöttl, Elsner & Co. wird enttäuscht werden. Es gehört zu den Aufgaben des bürgerlichen Staats darauf zu schauen, dass die Reichen noch reicher werden. Deswegen wird gar nicht daran gedacht, die noch größeren Kaliber überhaupt zu belangen. Jahrzehntlang, mindestens seit 1985, hat es immer wieder geheißt, für Soziales sei kein Geld da. Starrsinnig wurde behauptet, der österreichische kapitalistische Staat könne nicht wirtschaften, das müssten Private tun. So wurde die Verstaatlichte Industrie zerstückelt, ausgegliedert und alles privatisiert. Wie viele sind auf die Wende vom Keynesianismus zum Neoliberalismus und den dummen Schmach vom angeblich notwendigen „Nulldefizit“ reingefallen?! Sie haben Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen, Pensionskürzungen, Erhöhung der Rezeptgebühren und anderer öffentlicher Dienstleistungen fast widerstandslos hingenommen. Jetzt ist die Krise da und die Brutalität des Systems wird für sehr viele spürbar: Brutale Umverteilung von unten nach oben, brutale Einsparungen und Kündigungen, brutale Polizeieinsätze gegen alle, die sich wehren. Selten in der Zweiten Republik hat sich so deutlich gezeigt, was für ein Staat das ist, durch den wir beherrscht werden, welche Klasse die Macht hat und wer in Wirklichkeit über alles bestimmt. Nach den Wünschen des Kapitals, werden allein im nächsten Jahr zehntausende Vollzeit-arbeitsplätze und damit Existenzgrundlagen vernichtet: 30.000 in der Sachgüterindustrie (größtenteils Autoindustrie und Siemens) 12.000 im Bauwesen 10.000 und mehr im Verkehrs- und Nachrichtenwesen (9.000 bei der Post, 2.500 bei Telekom bis 2010)

8.000 in der Tourismus-Industrie nur im nächsten Jahr! usw. (Quelle: IHS, Anfang November 2008) Gleichzeitig werden alle möglichen Tarife, unter anderem die Gaspreise um 1/5 erhöht. In der Krise zeigt sich unverhüllt die Klassenherrschaft des Kapitals. Ein Großteil (fast 90%) der rechnerischen Gewinne auf den Finanzmärkten beruht auf Spekulationen. Abseits realer Produktion wird gewettet und wenn die Spekulanten einfahren, verlieren Arbeiter/innen und Angestellte ihren Arbeitsplatz. Wie im September die Finanzkrise über die Herren Spekulanten gekommen ist, waren viele überrascht, dass trotz aller „notwendigen Sparmaßnahmen des Staates“ plötzlich 100 Milliarden € für die Spekulationsverluste der Banken da waren – und auch sofort bei Bedarf an diese überwiesen werden (siehe Constantia, Erste, Hypo Alpe-Adria).

Für Marxist/innen ist es klar, dass regelmäßige Wirtschaftskrisen im kapitalistischen Wirtschaftssystem unvermeidlich sind. Die Wirtschaftskrise samt massenhafter Vernichtung von Waren und Produktionswerten gehört zum kapitalistischen Wirtschaftssystem dazu. Die Krise ist nicht ein Fehler im System, sondern ist Teil des Systems. Überschüssiges Kapital und Produktionsüberkapazitäten werden in der Krise vernichtet, dann beginnt der Krisenzyklus von vorne. Die letzte gewaltige Weltwirtschaftskrise war die von 1929-33. Überwunden wurde sie nur, weil im 2. Weltkrieg neben Millionen von (vorher) arbeitslosen Menschen auch Milliarden von Werten vernichtet wurden und dann wieder Kapazitäten für den Wiederaufbau gebraucht wurden. Wegen der riesigen Zerstörungen bis 1945 hat es auch in der sogenannten Nachkriegszeit lange keine größeren Krisen gegeben.

Es ist ein Blödsinn, zu behaupten, die imperialistischen Staaten haben seit 1929 gelernt, wie Krisen verhindert werden können. Solange es Kapitalismus gibt, können Krisen nicht verhindert werden – genauso wenig wie Kriege verhindert werden können. Jahrelang ist es den Regierungen in den imperialistischen Metropolen Europas und Nordamerikas und den internationalen imperialistischen Organisationen wie WTO, IWF, WB usw. gelungen, die Krisen zu übertauchen, z.B. durch Auslagerung in die Halbkolonien, verstärkte Besteuerung der Volksmassen und andere wirtschafts- und finanzpolitische Steuerungsmaßnahmen. Aber der Kreislauf der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht umfassend planbar. Auch Konjunkturbelebungsprogramme ändern daran nichts.

Wenn die jetzige Krise wider aller Erwartung bald überwunden wird, bedeutet das nur, dass die nächste, noch größere Katastrophe umso schneller hereinbrechen wird. Langfristig gibt es nur zwei Auswege aus der Krise, einen vorübergehenden und einen dauerhaften. Der vorübergehende Ausweg aus einer großen Krise

### **Selbstständige Organisation von Kampfmaßnahmen!**

Auf die ÖGB-Gewerkschaftsführer ist kein Verlass. Im Gegenteil: Immer wieder fangen sie den Unmut in den Betrieben ab und organisieren zahnlose Aktionen, die keinem weh tun. Eine kleine Protestkundgebung und dann wieder brav an die Arbeit zurück. Zu wirksamen Arbeitskämpfen können wir nur kommen, wenn sich die aktivsten Kolleg/innen zusammenschließen und eigenständig Maßnahmen planen, vorbereiten und dafür in der Kollegenschaft agitieren. Nur so kann längerfristig eine klassenkämpferische Gewerkschaftsbewegung als Alternative zum staats- und kapitaltreuen ÖGB aufgebaut werden.

**Kampf um jeden Arbeitsplatz – Streik!**

**Raus auf die Straße - Protestversammlungen und Demonstrationen!**

**Unabhängige Kampf- und Streikkomitees im Betrieb gründen!**

**Klassenkämpferische Gewerkschaftsgruppen im eigenen Betrieb aufbauen!**

ist ein großer Krieg – siehe die derzeitigen Kriege der USA im Mittleren Osten, siehe die Anstrengungen der EU, bis 2013 wirklich weltweit einsatzfähige Militärdivisionen für eine Auseinandersetzung mit ihren imperialistischen Konkurrenten (vor allem USA und Russland) aufzubauen.

Der langfristige und dauerhafte Ausweg aus der Krise ist der Sturz des kapitalistischen Systems in einer proletarischen Revolution und damit die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit. Wer die Krisen und den Kapitalismus satt hat, muss vor allem politisch was dagegen tun. Nur so kann was Neues auf den Trümmern des

Alten aufgebaut werden. Der Kapitalismus ist nicht reformierbar, wie ATTAC, die KPÖ und neuerdings auch wieder Teile der Sozialdemokratie behaupten. Die einzige wirkliche Alternative zu Wirtschaftskrise und Kapitalismus ist der Sozialismus. (Erst wie die Sowjetunion ab Mitte der 1950er Jahre ein staatskapitalistisches System einführte, kam sie in die Krise, die mit ihrem Zusammenbruch endete.)

Im Sozialismus, wo alle Produktionsmittel zuerst verstaatlicht und dann vergesellschaftet werden, kann eine Planwirtschaft die ständig steigenden Bedürfnisse der Volksmassen befriedigen – aber nur wenn

der Plan demokratisch und unter Beteiligung der Werktätigen ausgearbeitet wird. Der Sozialismus ist nicht auf dem Weg von Reformen durchsetzbar, dazu ist ein gesellschaftlicher Umsturz (soziale Revolution) notwendig.

Heute gibt es keine in der Arbeiter/innenklasse verankerte Kampfpartei, die die notwendigen Kämpfe für den Sturz der Herrschaft des Kapitals und für die Arbeiter/innenmacht (Diktatur des Proletariats) organisieren könnte. Auch im Widerstandskampf gegen das Abladen der Krisenfolgen auf unsere Rücken muss diese Partei aufgebaut werden.

## Eure Krise zahlen wir nicht!!! Es reicht!! Gaspreise runter!!!

Ab 15.11. wurden die Gaspreise für Wien um 21% erhöht und der Strompreis um 8% (die Kosten für Fernwärme steigen in Wien um 7%). Und das bei Erhöhungen von 12% bei Strom und 30% bei Gas in den letzten fünf Jahren. Die angekündigten teilweisen Rücknahmen der Gaspreiserhöhung sind eine Farce! Erstens soll die Preisreduktion erst gegen Ende der Heizperiode stattfinden, zweitens bleibt immer noch eine Erhöhung von 14-15% in Wien. In anderen Bundesländern ist die Situation ähnlich. Heizen wird zum Luxus, für 315.000 österreichische Haushalte unerschwinglich!

Die Erhöhung der Gaspreise ist keine ökonomische Notwendigkeit, sondern eine politische Entscheidung.

Mieten, Nahrungsmittel und sonstige Lebenshaltungskosten steigen laufend, während

Löhne, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Sozialhilfe, Pflegegeld und Pensionen real sinken. Freie DienstnehmerInnen bekommen nicht einmal den Inflationsausgleich. Massenentlassungen stehen an oder haben bereits begonnen, z.B. in der Automobil- und Zulieferindustrie, wie bei Opel-Austria, Magna, Steyr, MAN, BMW, Telekom, Post, Siemens, etc. LeiharbeiterInnen sind die ersten, die die Arbeitsplätze verlieren.

Weltweit verschlechtern sich die Lebensbedingungen. In Folge der internationalen Nahrungsmittelkrise beispielsweise haben große Teile der Weltbevölkerung keinen ausreichenden Zugang mehr zu Grundnahrungsmitteln.

**Sofortige und vollständige Rücknahme der Gaspreiserhöhungen!**

**Kein Abschalten von Gas- und Stromanschlüssen in Privathaushalten!**

**Abschaffung der Wiederaktivierungsgebühr von 64 €!**

**Einstellung der laufenden Exekutionen!**

**Tilgung der aller offenen Forderungen für Privathaushalte!**

**Keine pre-paid Modelle! (Erst zahlen, dann kochen und heizen?)**

Organisiert euch gegen die hohen Gaspreise, besprecht euch mit den NachbarInnen!

Kapitalismus ohne Ausbeutung, Hunger, Kriege und Krisen kann es nicht geben!!

(Aktionskomitee „Eure Krise zahlen wir nicht!“)

# Nicht der Imperialismus, sondern der Sozialismus ist der einzige Weg nach vorn

Wir demonstrieren hier gegen die Erhöhung der Gaspreise durch die Gemeinde Wien. Die IA.RKP beteiligt sich am Aktionskomitee „Eure Krise zahlen wir nicht!“, weil wir davon überzeugt sind, dass der Kampf gegen das Abladen der kapitalistischen Krise auf unseren Rücken von linken und fortschrittlichen Kräften aufgenommen werden muss, sonst werden sich die rechten Demagogen bald an die Spitze stellen, wie es vor einem halben Jahr bei der Anti-EU-Bewegung der Fall war.

Das österreichische wie das weltweite Wirtschaftssystem ist von einer internationalen Finanzkrise in nie da gewesenen Ausmaß erschüttert. Die Aufregung ist groß und das Vertrauen der Massen in die Tauglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft wird immer mehr erschüttert. Während der letzten 3 Jahrzehnte kam es etwa einmal alle zehn Jahre zu weltweiten Überproduktionskrisen. Solche ökonomischen Krisen gehören untrennbar zum kapitalistischen System. Jetzt hat selbst der IWF verkündet, dass die gegenwärtige Finanzkrise erster ist als selbst die von 1929/1930. Die bevorstehende Weltwirtschaftskrise wird entsprechend tiefer und umfassender sein als die vorherigen 1991 oder 2001. Um das imperialistische System aus der Finanzkrise zu retten, die von den USA ausging, hat schon die Bush-Regierung 700 Mrd. \$ in die Finanzmärkte gepumpt. Es sind staatliche Subventionen, um den Finanzhaien aus der selbst verschuldeten Patsche zu helfen. In Finanzkreisen wird aber geschätzt, dass die kapitalistischen Staaten insgesamt die unvorstellbare Summe von über 10 Billionen \$ - aus Steuergeldern! - aufwenden werden, um die unkontrollierte Kapitalvernichtung einzudämmen und die Verluste des Finanzkapitals auf dem Rücken der breiten Massen auszuglei-

chen. Das alles kann höchstens die schlimmsten Auswüchse der internationalen Finanzkrise zeitweilig abbremsen, aber kann sie weder lösen noch außer Kraft setzen. Vielmehr werden die heutigen Krisen hemmenden Maßnahmen künftige Krisenentwicklungen noch verschärfen bzw. heraufbeschwören, denn z.B. die Herabsetzung der Leitzinsen auf Null-Prozent wird die Spekulation weiter anheizen. Es gibt Leute, die Hoffnungen auf eine Keynesianische Lösung setzen, als ob diese ein wirksames Mittel zur Überwindung der Krise wären. Angesichts der Schwächung der nationalstaatlichen Strukturen werden sich solche Lösungen aber als Illusion entlarven.

Diese riesigen Geldsummen, die von verschiedenen Regierungen aufgebracht werden, um die fetten Imperialisten über Wasser zu halten, werden dem Volk über Steuern, Abschaffung sozialer Rechte, höhere Inflation und verschärfter Ausbeutung abgepresst, was eine erhebliche Verschärfung der Klassenwidersprüche erwarten lässt. Schon heute verlieren Hunderttausende wegen des stockenden Zahlungsverkehrs ihren Arbeitsplatz. Das imperialistische Krisenmanagement ist nichts als ein Deckmantel für die forcierte Ausplünderung der breiten Massen und die Umverteilung dieses Reichtums in die Hände einiger weniger Leute der herrschenden Klasse. Immer offensichtlicher zeigt sich für die breiten Volksmassen, dass die Regierungen in den imperialistischen und neokolonialen Ländern nicht im Interesse der Massen handeln, sondern nur für die Rettung des imperialistischen Ausbeutersystems.

Diese Finanzkrise offenbart die unersättliche Gier des herrschenden Finanzkapitals nach Maximalprofiten und zeigt die Korruptheit der imperialistischen Wirtschaft. Dasselbe imperialistische System ist nicht

zufällig auch für die US-Besatzungskriege in Afghanistan und im Irak sowie für andere Angriffe auf die Völker der Welt verantwortlich. Das imperialistische Weltsystem richtet sich gegen die Interessen der Mehrheit der Menschheit und muss grundsätzlich in Frage gestellt und überwunden werden.

Die jetzt aufkommende Weltwirtschaftskrise wird sich mit tiefen politischen Krisen verbinden – die bereits chronischen und latenten Krisen werden noch tiefer und häufiger ausbrechen. Das wird den Klassenkampf zwischen den Monopolen und der Arbeiterklasse sowie zwischen dem imperialistischen System und den Nationen und den Völkern der Welt aufs Äußerste verschärfen und die Grundlage bilden für die Revolutionierung der Arbeiterklasse und der breiten Massen. Die herrschende Klasse ist sich sehr wohl der Tatsache bewusst, dass dem imperialistischen Weltsystem die Tendenz zu einer revolutionären Weltkrise inne wohnt. Sie bereiten sich deshalb unter der heuchlerischen Flagge des Kampfs gegen den Terrorismus darauf vor, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Herrschaft zu erhalten.

Solange der grundlegende Widerspruch im imperialistischen System existiert, der Widerspruch zwischen der stets zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion und der privaten Aneignung der Produkte durch die immer weniger werdenden international agierenden Finanzoligarchen, wird es keinen Ausweg aus dem weltweiten Chaos geben. Aus diesem Grund haben Marx und Engels, später dann auch Lenin gelehrt, dass ohne die Überwindung des imperialistischen Systems, seine Ersetzung durch die sozialistische Gesellschaftsordnung, die Krisenhaftigkeit der Gesellschaft nicht gelöst werden kann.

So betonen wir auch hier auf dieser Demonstration, dass der Kampf gegen die Abwälzung der Krise auf unseren Rücken verbunden werden muss mit dem bewussten Eintreten für eine proletarische Revolution.

Wir rufen alle revolutionären Kräfte auf, sich in dieser Phase der Krise zusammenzuschließen und sich und die Volksmassen für den Kampf gegen das imperialistische System und für proletarische Revolution und

Sozialismus zu organisieren.  
**Sofortige Rücknahme der Gaspreiserhöhung!**  
**Nieder mit dem imperialistischen System!**  
**Vorwärts zur proletarischen, sozialistischen Revolution!**

## Eure Krise zahlen wir nicht!!!! Es reicht!! Löhne rauf, Preise runter!!!

Aufruf zur Gaspreisdemo im Jänner 2009  
Plattform „Eure Krise zahlen wir nicht!“

Wir werden seit Jahren von einer Teuerungswelle nach der anderen überrollt. So wurden im letzten November die Preise für Haushaltsenergie kräftig erhöht, in Wien Gas um 21%, Strom um 8% und Fernwärme um 7%. Schon in den letzten 5 Jahren wurde der Strom um 12% und Gas um 30% verteuert. Mieten, Lebensmittel und viele andere notwendige Dinge werden für immer mehr Leute nahezu unerschwinglich. Es hagelt Abschaltungen von Gas und Strom, Delogierungen und Verurteilungen wegen Lebensmitteldiebstahl.

Löhne, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Pflegegeld und Pensionen sinken real, in den letzten Jahren besonders massiv. Lange hieß es: Nulldefizit und Sparen, Gürtel enger schnallen. Jetzt heißt es: Krise, Krise. Und wir sollen's ausbaden mit steigendem Arbeitsdruck, Massenentlassungen, sinkender Lebensqualität und Budgetplünderungen zur Bankensanierung. Mit Milliarden, die für die Lebenssicherung der Menschen da sein müssten. Die Schere zwischen arm und reich geht immer weiter auseinander.

Aber hohe Preise, Krisen und niedrige Einkommen sind keine Naturnotwendigkeit. Sondern sie sind Folge der kapitalistischen Marktwirtschaft, in der wir leben müssen, solange wir uns das gefallen lassen. In diesem Wirtschaftssystem wird auf Teufel komm raus

produziert. Eigentlich wäre mehr als genug für alle da. Aber wenn's keinen Profit abwirft, wird's nicht billiger oder überhaupt verteilt, sondern ins Meer geschüttet, die Fabriken geschlossen und die Felder stillgelegt, sogar mit Prämie.

Seit Jahrzehnten wird der soziale Frieden mittels Sozialpartnerschaft (Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und Landwirtschaftskammer) aufrechterhalten. Wo uns das hingeführt hat, erleben wir jetzt. Während in anderen Ländern Protestbewegungen und Streiks an der Tagesordnung stehen, haben wir in Österreich zu kämpfen verlernt. Wir sagen „Nein zur Sozialpartnerschaft“ – nicht mehr länger mit uns!

### Unsere Energie - eure Krise!

Fabriken brauchen keine Chefs, Supermärkte keine Kassen, um zu funktionieren.

Krisen bieten auch Chancen zur Sozialisierung: Menschen können die Produktion selber organisieren. In Südamerika nach der letzten Krise haben's die Leute vorgemacht: gestürzte Präsidenten, geplünderte Supermärkte, Landbesetzungen, besetzte Häuser und Fabriken... Aber wer soll das tun, wenn nicht wir, die den gesellschaftlichen Reichtum erzeugen?

Es gibt weltweit Bewegungen gegen den Profit-Terror, denn es sind überall die gleichen, die uns bestehen.

**Organisieren wir uns und kämpfen wir gemeinsam gegen Teuerung und Einkommensverlust!**

**Solidarität mit den Arbeitskämpfern der KollegInnen bei Post, Telekom, Siemens, ...!**

**Gegen Medienhetze und Entsolidarisierung!**

**Die Grundversorgung mit Energie muss gesichert sein!**

**Sofortige und vollständige Rücknahme der Gaspreiserhöhungen!**

**Kein Abschalten von Gas- und Stromanschlüssen in Privathaushalten!**

**Abschaffung der Wiederaktivierungsgebühr von 64 €!**

**Einstellung der laufenden Exekutionen!**

**Tilgung aller offenen Forderungen für Privathaushalte!**

**Keine pre-paid Modelle! (Erst zahlen - dann kochen und heizen)**

**Gas- und Strompreise runter!**

**Kapitalismus ohne Ausbeutung, Hunger, Kriege und Krisen kann es nicht geben!**

Plattform: „Eure Krise zahlen wir nicht!“ Stiftgasse 8, 1070 Wien  
www.chefduzen.at

# Nieder mit dem militaristischen Wahn

Jedes Jahr am 26. Oktober findet am Heldenplatz die große Show des österreichischen Bundesheeres statt, das sich an diesem Tag von seiner besten Seite präsentieren will. Doch die wenigsten Leute schauen hinter die Fassade dieser Institution, für was sie steht und wen sie verteidigt und vor allem wem sie nützt. Sie lassen sich viel lieber von dem nationalistischen Taumel mitreißen und verleihen ihren patriotischen Gefühlen in Form von Fahنشwenken und Jubelgeschrei Ausdruck. Schließlich bekommt man nicht jeden Tag die Möglichkeit unsere „Beschützer“ und ihr neuestes Spielzeug zu begutachten. Angesichts der Tatsache, dass Österreich von Ländern umgeben ist von denen keine militärische Bedrohung ausgeht, stellt sich aber die Frage, warum das österreichische Bundesheer noch existiert? Schließlich erfährt man in regelmäßigen Abständen auf was wir alles in Zukunft auf Grund des Geldmangels verzichten müssen. Egal ob es um Pensionen, Gesundheit oder Bildung geht, überall wird der Sparstift angesetzt. Gleichzeitig leistet sich der österreichische Staat eine Institution wie das Bundesheer, dessen angebliche Funktion, nämlich auf einen Angriff auf Österreich zu antworten, nicht mehr existiert. Viele würden sagen, dass das Bundesheer bei Naturkatastrophen wie z.B. Überschwemmungen benötigt wird. Doch das sind alles nur faule Ausreden, denn bei solchen Ereignissen würde ein ziviler Katastrophenschutz voll ausreichen. Und seien wir mal ehrlich, wer von uns glaubt wirklich daran, dass Kampfjets und Panzer einem anderen Zweck dienen können als Krieg.

Andere sehen die neuen Aufgaben des Bundesheeres hauptsächlich in der „Friedenssicherung“. Doch was für einen Frieden soll das österreichische Bundesheer sichern, und vor

allem wessen Frieden. Der österreichische Staat hat in einem Dutzend Länder der Welt seine Soldaten stationiert, vor allem am Balkan. Neuerdings kümmert sich das österreichische Bundesheer sogar um den Frieden im Tschad. Dieser Einsatz und seine Kosten werden von der Regierung als „Entwicklungs-Zusammenarbeit“ ausgegeben. Oft wird der Schutz der Minderheitenrechte als Grund für die Einsätze angegeben. Dass sich der österreichische Staat um Minderheitenrechte am Balkan und überall anders auf der Welt kümmert, es aber seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht schafft, die durch die Verfassung garantierten Rechte der Kärntner Slowen/innen durchzusetzen, ist ein schlechter Scherz. Die Interessen der österreichischen Monopole am Balkan (österreichische Unternehmen gehören zu den wichtigsten Direktinvestoren in Osteuropa, in manchen Ländern Südosteuropas stehen sie sogar an erster Stelle) scheint bei der Entscheidungsfindung, wo das österreichische Heer die Menschenrechte durchsetzen soll, jedenfalls das entscheidende Argument gewesen zu sein. Das Bundesheer ist nämlich genauso wenig „unser“ wie der Staat. Der Staat ist immer der Staat der Herrschenden und nicht der Beherrschten. Der österreichische Staat ist daher der Staat der österreichischen Bourgeoisie.

Der/Die Arbeiter/in hat zwar nichts von dem Einsatz des Bundesheeres, sieht sich aber trotzdem für sechs Monate seines Lebens zwangsverpflichtet und muss sich von Personen herumkommandieren und schikanieren lassen, für die ein Menschenleben nichts wert und menschliche Würde ein Fremdwort ist. Dass diese Behandlung jedes Jahr junge Arbeiter psychisch extrem belastet und manchmal sogar in den Selbstmord treibt, stört die Herrschenden nicht.

Wer glaubt, dass nach diesen sechs Monaten die Tortur vorbei ist, unterschätzt die Herrschenden gewaltig. Schließlich bringen sie jungen Männern das Töten und das bedingungslose Gehorchen nicht umsonst bei. Diese müssen doch Gelegenheit bekommen ihre Rolle als Kanonenfutter für Staat und Kapital zu erfüllen. An solchen Gelegenheiten wird es angesichts der zunehmenden Aggressivität des EU-Imperialismus und der damit einhergehenden Zuspitzung der Widersprüche mit den Konkurrenten, vor allem dem US-Imperialismus, nicht mangeln. Seit Jahren rüsten die EU-Staaten auf. Sie haben sich sogar auf eine Aufrüstungspflicht geeinigt. Seit Jahren wird eine EU-Armee aufgebaut, die die EU in die Lage versetzen soll, überall auf der Welt die Interessen der eigenen Monopole auch militärisch durchzusetzen. Dass die österreichischen Herrschenden auf so eine Gelegenheit nur gewartet haben, zeigt nicht zuletzt der Einsatz im Tschad.

Das Bundesheer dient allein der herrschenden Klasse. Es sichert ihre Macht, Profite und Einflussphären und versucht diese ständig zu erweitern. Trotzdem strömen jedes Jahr Tausende zum Heldenplatz um den bürgerlichen Staat und seine Kreaturen zu bejubeln. Sie lassen sich vor den Karren des österreichischen Imperialismus spannen und solidarisieren sich mit dem Feind der Arbeiter/innenklasse. Wir dagegen treten für den proletarischen Internationalismus ein und gegen das Völkermorden. Wir kämpfen für die sozialistische Revolution.

**Tod dem österreichischen Imperialismus!**

**Österreichische Truppen raus aus Tschad, Bosnien, Kosovo, Afghanistan, Syrien, ...!**

## Seid wachsam und unerbittlich gegen die Vorstöße der Reaktion, besonders in den Zeiten der Krise!

Erklärung der IA.RKP, Dezember 2008

In Österreich haben im ausgehenden Jahr 2008 angesichts der kapitalistischen Wirtschaftskrise die Polit-Geisterfahrer Hochkonjunktur. Da werden alle möglichen Sündenböcke herbeischwadroniert, um über die Misswirtschaft der herrschenden Klasse hinwegzutäuschen. FP und BZ, die Parteien des deutschnationalen Lagers, die sich zum Zweck des Wahlbetrugs derzeit in „Rot-Weiss-Rot“ hüllen, schöpfen aus demselben Reservoir wie die offenen Faschisten. Haider ist seinerzeit mit dem Nazispruch hervorgetreten, dass Österreich eine „ideologische Mißgeburt“ sei.



Stalin-Gedenktafel in Wien Meidling, Schönbrunner Schloßstrasse 30

Nach dem ihm gemäßen Abgang im „VW-Phaethon“ – der Phaethon aus der griechischen Mythologie verursacht Zerstörungen im Himmel und auf der Erde, bis der Göttervater Zeus ihn mit einem Donner aus dem Wagen schlägt – hat alles was in der von ihm verleumdeten Republik Rang und Namen hat in einem makabren Staatsakt am Sarg des Geschichtsrevisionisten Haider vereinigt. Wieder einmal hat sich gezeigt, dass mit einem antifaschistischen Rückgrat bei den Größen der Republik und

der Parlamentsparteien, für den Fall, dass es darauf ankommen sollte, nicht zu rechnen ist.

Der Österreichische Staatsvertrag aus 1955 verbrieft u.a. die Rechte der nationalen Minderheiten in Österreich. Haider hat die Anforderungen des Staatsvertrags, der in Verfassungsrang steht, sabotiert und mit Füßen getreten, somit den skandalösen Kurs seiner Vorgänger fortgeführt, wodurch den Kärntner Slowen/innen seit inzwischen mehr als 50 Jahren grundlegende, demokratische Rechte verweigert werden. Das ist der Dank der Republik Österreich für den vorbildlichen Kampf der Kärntner Slowen/innen gegen die NS-Tyrannie und damit für die Wiederherstellung der Republik Österreich!

Überhaupt treten die Rechtsrechten immer frecher durch Vorstöße hervor, die darauf abzielen, die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs zu revidieren. Einmal paßt ihnen nicht, dass im österreichischen Staatswappen neben dem Bürgertum auch Arbeiter und Bauernschaft symbolisch dargestellt sind – ihre urwüchsige Funktion besteht ja gerade darin die Arbeiter/innen-Klasse mit der Knute zu bedrohen, ein andermal stoßen sie sich am Sowjetdenkmal auf dem Wiener Schwarzenbergplatz – immerhin wurde Wien genauso wie weite Teile Europas von der Sowjetarmee unter Aufbringung eines enormen Blutzolls aus dem NS-faschistischen Joch befreit. Die faschistische Barbarei bleibt im Kapitalismus eine latente Bedrohung, weil sich die imperialistische Bourgeoisie diesen Ausweg bis zu ihrem unwiderruflichen revolutionären Sturz durch die Arbeiter/innen-Klasse offen hält.

Jetzt hat eine Relief-Tafel im Wiener Stadtteil Meidling, die

an den kommunistischen Revolutionär Josef Stalin erinnert – die einzige in West- und Mitteleuropa übrigens – für Aufregung unter regionalen Scharfmachern des EU-Imperialismus gesorgt.

Vor dem Ersten Weltkrieg nahmen wiederholt russische Revolutionär/innen in Wien Exil. Zu denen, die einige Zeit in Wien zubrachten, gehörten so illustre Persönlichkeiten wie Leo Trotzki oder Nikolai Bucharin.

Im Jänner 1913 hielt sich Josef Stalin in der Hauptstadt des k und k Völkerkerkers auf. Er sollte in Wien die Nationalitätenfrage studieren. Die Frage war in den Reichen der Habsburger und der Romanoffs durchaus vergleichbar gestellt, außerdem galt die austromarxistische Schule gerade in dieser Frage als kompetent. Stalins Abhandlung „Marxismus und nationale Frage“ erschien im selben Jahr in einer Petersburger Zeitschrift und erfuhr sowohl Lenins als auch Trotzkis Anerkennung. Während seines Wienaufenthalts wohnte Stalin bei einer russischen Emigrantenfamilie in der Schönbrunner Schloßstrasse 30.

Anlässlich Stalins 70. Geburtstag im Jahr 1949 wurde an dem Haus, das Stalin seinerzeit als vagabundierenden Revolutionär beherbergt hatte, eine Gedenktafel angebracht. Die Tafel blieb nach dem Abzug der alliierten Armeen 1955 erhalten, weil der Staatsvertrag die Denkmäler der Befreier unter den Schutz der Republik Österreich stellt.

Stalin war stets ein Freund Österreichs und der österreichischen Arbeiter/innen-Bewegung. Darum heißt es in der stalinschen „Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang“ aus 1938, als Österreich von der Bourgeoisie fallen gelassen worden war:

„Was die Annexion Österreichs betrifft, so war diese in keiner Weise mehr in den Rahmen des Kampfes gegen den Versailler Vertrag zu zwingen, in den Rahmen eines Schutzes der ‚nationalen‘ Interessen Deutschlands und seiner Bemühungen, die im ersten imperialistischen Kriege verlorenen Gebiete zurückzuerlangen. Österreich gehörte weder vor noch nach dem Kriege zu Deutschland. Der gewaltsame Anschluss an Deutschland bedeutet eine brutale imperialistische Annexion fremden Territoriums. Er enthüllt zweifellos das Bestreben des faschistischen Deutschland auf dem westeuropäischen Festland die herrschende Stellung einzunehmen.“  
Stalin kämpfte mehr als ein halbes Jahrhundert lang in den Reihen der revolutionären Arbeiter/innenbewegung.

Von 1924 (Lenins Tod) bis 1953 stand er persönlich an der Spitze der Vorausabteilung der proletarischen Weltrevolution. In diesem Zeitabschnitt wurde in der Sowjetunion aus eigener Kraft eine sozialistische Industrie und Landwirtschaft aufgebaut. Während dieser Jahrzehnte wurden alle Angriffe der inneren und äußeren Konterrevolution – bis hin zum Vernichtungsfeldzug der Hitlerwehrmacht – gegen den Sozialismus in der Sowjetunion erfolgreich abgewehrt. Während dieser Zeit leistete die KPdSU und das Sowjetvolk der Arbeiter/innenbewegung und den unterdrückten Völkern aller Länder unzählige praktische Beweise internationaler proletarischer Solidarität. Als Revolutionäre Kommunist/innen halten wir das Andenken

an den kommunistischen Revolutionär Josef Stalin allen reaktionären Anfeindungen zum Trotz hoch!

Wien, am 21.12.2008



## Der sogenannte „mg-Prozess“ in Berlin

Auszug aus dem Artikel „Ein Kammerspiel in (bislang) 17 Akten“ aus der Beilage zur Jungen Welt, 10./11. Jänner 2009, <http://einstellung.so36.net>

Seit dem 25. September 2008 findet in Berlin der Prozess gegen Axel, Oliver und Florian statt. Sie sollen laut Anklage als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung, der seit 2001 agierenden militanten Gruppe (mg), einen Brandanschlag auf drei Bundeswehr-Lkw in Brandenburg an der Havel begangen haben. Bis Anfang Januar waren 17 Prozesstage terminiert. Zahlreiche Besucherinnen, darunter ehemalige Bundestagsabgeordnete, Professorinnen und internationale Beobachterinnen, nehmen am Prozess teil. Alle ProzessbesucherInnen sind von einer vom Kammergericht erlassenen „Sicherheitsverfügung“ betroffen, die mehrheitlich als „Machtdemonstration des Staates“ erlebt wird. (...)

**Auf die Anklagebank gehören die Kriegstreiber**  
Zur am ersten Verhandlungstag verlesenen Anklageschrift verweigerten die Beschuldigten die Aussage. Axel verlas jedoch im Namen der Drei eine Prozessklärung. Darin prangerte er die Kriegspolitik der BRD und der NATO an, ebenso die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Kriegsakteure, die Tote und Kriegsflüchtlinge verschleiern als „Kollateralschaden“ abtun. „Auf die Anklagebank gehören Kriegstreiber, Kriegsbefürworter und Rüstungskonzerne. Sie sind die kriminellen Vereinigungen. Sie sind anzuklagen“, heißt es in der Erklärung. Sabotage sei Teil eines Rechtes auf Widerstand, das im besten Fall Schlimmeres, nämlich Kriegseinsätze, verhindern helfe. Zur Bedeutung

ihres Prozesses führen die Drei aus: Das „Verfahren gegen uns kann (...) zu einem exemplarischen Verfahren werden, um zukünftig mit dem Paragraphen 129 vom Farbbeutelwurf bis zum Straßenriot viele Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzung zu kriminalisieren und mit einem Feindstrafrecht zu bestrafen, das vom normalen Strafrecht abgespalten wird.“ (...)  
**Solidarität mit den Angeklagten!**



vgl. die Dokumentation in PR 29, S. 49f.

# Imperialismus macht Flüchtlinge

Flugblatt zum Weltflüchtlingstag, September 2008

14.427 Flüchtlinge wurden im letzten Jahr offiziell von Polizei und militärischem Grenzschutz zurückgewiesen, ausgewiesen und bekamen Aufenthaltsverbot in Österreich. Gleichzeitig ist Österreich eines der imperialistischen Länder, die durch ihre weltweite Jagd nach Einflusszonen, günstigen Kapitalanlagen, billigen Rohstoffen und billigen Arbeitskräften ganze Regionen verwüsten.

Die Menschen in diesen Ländern werden von ihren Grundstücken vertrieben, Kriege geschürt und geführt, um wertvolle Metalle abzubauen. Die österreichische Treibacher AG ist z.B. am (illegalen) Pyrochlor-Bergbau im Dschungel von Ost-Kongo beteiligt und damit Mitschuld an brutaler Ausbeutung, Vertreibung und Krieg in diesem Gebiet. Die österreichische VA Tech ist an der Errichtung des Ilisu-Staudamms in Nordkurdistan beteiligt, wo ca. 80.000 Menschen aus ihren Dörfern vertrieben werden.

Das österreichische Heer ist am Einsatz imperialistischer EU-Einheiten im Tschad beteiligt, wo das französische Marionetten-Regime gestützt wird, um billige Rohstoffquellen für Österreich und die EU zu sichern. Im Rahmen der „European Partnership Agreements“ (EPA) mit den ehemaligen Kolonien der EU-Imperialisten werden den Völkern und Nationen Afrikas, der Karibik und des Pazifiks Verträge aufgezwungen, die durch sogenannten „Freihandel“ deren Wirtschaft noch weiter destabilisieren und die letzten Reste einheimischer Betriebe (z.B. Textil- und Nahrungsmittelproduktion) in den Ruin treiben. Das alles passiert einzig und allein im Interesse der großen Konzerne, darunter auch der österreichischen, deren einziges Ziel die Profitmaximierung ist.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten des österreichischen Imperialismus ist seit Jahren der Balkan, wo die österreichische Regierung aktiv an der Zerschlagung Jugoslawiens und der Förderung abhängiger Kleinststaaten gearbeitet hat. Nicht zufällig befindet sich der Großteil der österreichischen Auslandstruppen am Balkan, wo Österreich in Bosnien, Kroatien, Bulgarien, Slowenien der Ausbeuter Nr. 1 ist (und in Rumänien, Slowakei, Serbien, Ungarn, Tschechien und Ukraine auf Platz 2 bzw. 3 der imperialistischen Direktinvestoren).

Gleichzeitig ist Österreich innerhalb der EU seit den 1990er Jahren ein Vorreiter für die Verschärfung der rassistischen Fremdengesetze und für die immer weitere Aushöhlung

des Asylrechts. Sowohl SPÖ als auch ÖVP-Regierungen versuchen, die Festung Europa immer abschreckender zu machen und steigern die rassistischen Polizeimaßnahmen gegen Migrant/innen und Flüchtlinge. Für Menschen, die dem vom Imperialismus angeordneten Elend entrinnen wollen, wird es immer schwieriger. Tausende ertrinken bei der Überfahrt übers Meer, Zehntausende werden an den EU-Außengrenzen mit kilometerlangen Stacheldrahtzäunen und Schusswaffen zurückgehalten.

Wir sind überzeugt, dass die Festung Europa vor allem von innen zerstört werden muss. Wir sind überzeugt, dass die schreienden Missstände, die (auch) vom österreichischen Imperialismus erzeugt werden, nur durch den revolutionären Sturz der Herrschaft des Kapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats dauerhaft beseitigt werden können. Der Kampf gegen die rassistische Spaltung der Arbeiter/innenklasse in Österreich und der EU ist ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg zu diesem Ziel.

Wir unterstützen den Kampf der Völker besonders der von den österreichischen und anderen EU-Imperialisten unterdrückten und ausgebeuteten Länder. Wir unterstützen den Kampf der Flüchtlinge und Migrant/innen, denen es gelingt, nach Österreich zu kommen und fordern gleiche Rechte für alle, die hier leben – ohne Unterschied der Staatsbürgerschaft!

## Schriften zur revolutionär-kommunistischen Jugendbewegung



**RKJV**

Revolutionär-  
Kommunistischer  
Jugendverband

Herausgeber:  
Revolutionär-Kommunistischer Jugendverband (RKJV)  
www.rkju.tk e-mail: rkju@gmx.net

# Weg mit dem Scheißsystem!

Es ist wieder Ballsaison in Österreich. Dabei wird öffentlicher Raum für die diversen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt, selbstredend nur der herrschenden Klasse und den Vertretern ihres Staates. Nicht nur in Österreich gehören zu diesen Vertretern auch Personen, welche Geschichten über Schwarze, die statt Muttermilch Kakao trinken, als guten Witz verstehen. Oder für welche der Erwerb von Liedgut, dessen Inhalt sich hauptsächlich um Fragen wie z.B. ab wann der Spaß bei der Ermordung ihrer Definition nach dem Volkskörper nicht zugehöriger Gruppen anfängt, dreht, als Nachweis für ein gesundes politisches Interesse gilt. Was das für Kreaturen sind, die in ihren verschiedenen Funktionen, ob als Landeshauptmann, Uni-Professor oder dritter Nationalratspräsident, den Laden im Dienste des Kapitals am Laufen halten, ist hinlänglich bekannt. Der Ruf nach Entfernung bestimmter Personen von ihren Posten mag angesichts berechtigter Empörung über ihre Geisteshaltung verständlich sein, betrifft aber nicht den Kern des Problems.

Was ist denn das Ergebnis dieser Aufforderung, angesichts der Tatsache, dass die anderen Parlamentsparteien nicht daran denken mehr zu tun als mahnende Worte von sich zu geben. Und selbst wenn, würde das wirklich etwas Wesentliches am System ändern? Was ist das für ein System, in dem solche Auffassungen wie die eines Herrn Dörfner zur Normalität gehören? Das ist die entscheidende Frage.

Die Formel „Wehret den Anfängen“ gehört zum Standardrepertoire eines jeden demokratischen Sonntagredners. Selbst diejenigen, welche von ihrer politischen Heimat her eher zu denjenigen zu rechnen sind, deren Anfängen man wehren soll, bemühen dieses Stossgebet immer wieder, sie-

he z.B. Heide Schmidt. Inwiefern lässt sich unterscheiden zwischen der Distanzierung vom Faschismus bzw. dem Bekenntnis zur Demokratie eines Pröll von der/dem eines Strache. Schließlich waren es die politischen Ahnen des Herren Pröll und nicht die des Herren Strache, die vor genau 75 Jahren als erste eine faschistische Diktatur in Österreich errichtet haben. Die Bestellung eines dritten Nationalratspräsidenten mit Vorliebe zu Sonnenwendfeiern als Hinweis für den Vormarsch des Faschismus zu deuten, ist, betrachtet man die Geschichte der zweiten Republik, in der die Regierungen ohne Beteiligung der christlich-klerikalen Faschisten die Ausnahme bilden, doch ein wenig zu viel. Ob eine faschistische Diktatur errichtet wird oder nicht hängt weder von den persönlichen Vorlieben des Herren Graf noch von denen der faschistischen Schläger, welche nebenbei bemerkt sich mit der parlamentarischen Demokratie schlechter arrangieren können als die politischen Spitzenvertreter dieser Strömung. Entscheidend bei der Errichtung der faschistischen Diktatur ist der Wille der Bourgeoisie, ihr Bedürfnis nach einer anderen Form der Sicherung ihrer Herrschaft, einer anderen Staatsform. Erst wenn dieses Bedürfnis der Herrschenden geweckt ist, wenn in der Bourgeoisie die Erkenntnis herangereift ist mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie die Ausbeuteten, vor allem die Arbeiter/innenklasse, nicht mehr im ausreichenden Maße unter Kontrolle halten zu können, wird das faschistische Angebot, den Laden fürs Kapital wieder in Schuss zu bringen, eine realistische Alternative zur gängigen Form der Herrschaftsausübung. Angesichts der Fähigkeit der heutigen Parteien und anderer Institutionen (ÖGB usw.) die Arbeiter/innen zur Produktion im Dienste des Kapitals anzu-

halten und die Unzufriedenen vom Zustand, der ihre Unzufriedenheit hervorruft, abzulenken und damit in das System zu integrieren, wäre es aus der Sicht der Kapitalisten geradezu fahrlässig ein faschistisches Regime zu installieren.

Doch was treiben faschistische Politiker in Zeiten, wo für die Herrschenden die Notwendigkeit der faschistischen Diktatur nicht besteht? Wer sind denn überhaupt „faschistische Politiker“? Wie schon erwähnt ist das Bekenntnis eines ÖVP-Politikers zur Demokratie gleich wert wie das eines FPÖ/BZÖ-Politikers. Es ist ein Bekenntnis zu einer Form bürgerlicher Diktatur, solange diese Form ihren Aufgaben nachkommen kann. Wenn sie das nicht mehr kann, haben auch lupenreine Demokraten wie Pröll kein Problem damit, die Demokratie durch eine den Umständen passende Herrschaftsform zu ersetzen. Die faschistische Ideologie besteht bzw. baut auf den in der bürgerlichen Demokratie immer vorhandenen Vorstellungen auf. Was ist denn der Unterschied zwischen dem Nationalismus eines faschistischen Regimes und dem eines demokratischen. Wo liegt denn die große, unüberbrückbare Kluft zwischen dem Führerkult um Adolf und dem was täglich von den demokratischen Medien über die verschiedenen bürgerlichen Lichtgestalten, von Schüssel über Faymann bis Obama ausgeschieden wird. Es ist der Kapitalismus, es ist die bürgerliche Gesellschaft, die als Nährboden für die verschiedenen Formen der bürgerlichen Ideologie dient. Welche von ihnen gerade von den Herrschenden propagiert wird, hängt letzten Endes von den momentanen Interessen des Kapitals ab. Die Entziehung dieses Nährbodens, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Überwindung des Kapitalismus ist die einzige Möglichkeit den Faschismus endgültig zu entsorgen.

# Antimaoismus ist Antikommunismus!

In unserer Geschichte, der Geschichte der revolutionär-kommunistischen Bewegung, gibt es drei rote Sterne, die geeignet sind global den zukünftigen Weg unserer Bewegung zu erhellen:

1.) Die Pariser Commune 1871: Weltweit erste Diktatur des Proletariats

2.) Die Oktoberrevolution 1917 – 1952: Errichtung der Sowjetmacht und Aufbau des Sozialismus

3.) Die Grosse Proletarische Kulturrevolution 1966 – 1969: Bewusste Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats bei Korrektur von Fehlentwicklungen der bisherigen Bewegung.

Durch jede dieser Revolutionen wurde die weltweite Bewegung auf ein höheres Niveau gehoben. Jede dieser Pionierleistungen erschließt neue, elementare und unentbehrliche Erkenntnisse für den Fortgang der Bewegung. Jede/r Revolutionär/in kann sich zu keinem dieser Meilensteine abweisend oder neutral verhalten, im Gegenteil ohne unumwunden positiver Grundhaltung zur Gesamtbilanz aller drei epochalen Umwälzungen bleibt das Bekenntnis zum Revolutionären Kommunismus notwendigerweise unvollständig.

Es ist möglich, den drei großen Revolutionen auf theoretischer Ebene die folgenden Begriffe zuzuordnen:

1.) Marxismus [durch Engels, Kautsky und die Zweite Internationale]

2.) Marxismus-Leninismus [durch die Stalin-Fraktion in KPdSU(B) und Kommunistische Internationale]

3.) Marxismus-Leninismus-Maoismus [durch Lin Biao und die Kulturrevolutionsgruppe]

Nach den jeweiligen Schöpfern dieser Lehrgebäude kann der Marxismus, der Marxismus-Leninismus bzw. der Marxismus-Leninismus-Maoismus auch als „Lehre der genialen Stellvertreter“ bezeichnet werden. Problematisch ist, dass jede dieser drei Etappen eine dogmatische Kanonisierung und Verengung der Theorie auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Bewegung festschreibt.

Solche Begriffe können im Handgemenge des jeweiligen Kampfes zweier Linien durchaus sinnvoll und nützlich sein, sie überleben sich aber früher oder später.

Wir sollten uns positiv auf das revolutionär-kommunistische Erbe der I., II., und III. Internationalen Arbeiterassoziation sowie der revolutionär-kommunistischen Bewegung seit 1943 beziehen, uns aber gleichzeitig auch der Schwächen unserer Vorkämpfer/innen bewusst sein bzw. werden. Zu den Schwächen gehört z. B. der Personenkult.

Daher ist zur Bezeichnung unserer Theorie der Begriff „Theorie des Revolutionären Kommunismus“ besser geeignet und unnötige, allzu zeitgebundene Verengungen kommen darin erst gar nicht vor (im Begriff ML ist z.B. der Anti-Luxemburgismus enthalten, der eher kein grundlegendes Prinzip des Revolutionären Kommunismus darstellt.) Das alles schließt aber auch ein, dass wir Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao selbstverständlich als hervorragende Vorkämpfer des Revolutionären Kommunismus im 19. und 20. Jahrhundert betrachten. Wir bilanzieren die Verdienste jeder einzelnen dieser

historischen Persönlichkeiten für die Theorie und Praxis des Revolutionären Kommunismus als bei weitem ihre Fehler überragend.

Gleichzeitig stellen wir fest, dass wir uns bei unserer Rezeption des theoretischen Erbes von niemandem auf die genannten fünf beschränken lassen.

Besonders Hoxhaisten und Breschnewisten versteifensich auf die Erhebung Stalins in den Rang eines Super- und Hauptklassikers. Dabei verteidigen und kanonisieren sie v.a. die Fehler der Internationalen Kommunistischen Bewegung unter Stalin und stiften dadurch mitunter erhebliche ideologische Verwirrung, die direkt Wasser auf die Mühlen des Antikommunismus leitet. Wichtig ist, dass wir das Verhältnis 70:30 (70% Verdienste gegenüber 30% Fehler) mit Inhalt ausfüllen. Das heißt, wenn wir Stalin verteidigen, dann müssen wir das möglichst konkret und nicht abstrakt tun. Z.B. sollen wir den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zur Zeit Stalins verteidigen, aber nicht die Ermordung von Kommunist/innen durch Organe der Diktatur des Proletariats in eben dieser Epoche.

Das Hauptangriffsziel der Revisionisten innerhalb der kommunistischen Bewegung sind weiterhin die mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution und Mao verbundenen Positionen. Diese Angriffe abzuwehren und zurückzuschlagen ist eine unverzichtbare Voraussetzung um die Front des lebensnotwendigen Kampfs gegen den Antikommunismus zu stärken.

IA.RKP Dezember 2008

# Israels Angriff auf den Teil der Menschheit, der in Gaza lebt – und die Befreiung der ganzen Menschheit

Der Angriff Israels auf die Bevölkerung von Gaza ist eine Frage von Recht und Unrecht. Zu viele Menschen der heutigen Welt verstehen das nicht und ihnen müssen die Augen geöffnet werden. Aber auch viele von denen, die auf der richtigen Seite stehen und gegen das auftreten, was Israel macht, verstehen nicht wirklich, warum das passiert und was dagegen gemacht werden kann und soll.

## Eine grundlegende Frage von Recht und Unrecht

Der neu gewählte US-Präsident Barack Obama hat die US-israelische Position auf einer Wahlkampfreise äußerst klar ausgedrückt, und kürzlich haben seine Mitarbeiter bestätigt, dass er seine Meinung dazu nicht geändert hat.

“Wenn jemand mein Haus mit Raketen beschießt, in denen meine zwei Töchter schlafen, werde ich alles in meiner Macht stehende tun, um das zu beenden. Und ich würde von den Israelis erwarten, dass sie dasselbe tun.“

Aber was ist, wenn Schläger in dein Haus einbrechen, deinen Vater töten und deine Mutter vergewaltigen und dann die Überlebenden dazu zwingen, auf einem leeren Nachbargrundstück zu leben, während die Einbrecher sich selbst eine Eigentumsanlage errichten, wo früher dein Haus stand. Und was ist, wenn zwei Jahrzehnte später dieselben Einbrecher beschließen, auch noch einen großen Teil des leeren Grundstücks zu übernehmen, weil sie inzwischen mehr geworden sind?

Es gibt genügend Dokumente darüber, wie jüdische Siedler Palästina übernommen haben und eine ethnische Säuberung gegen die Bewohner/innen durchgeführt haben. Schon in der Zeit vor der Gründung Israels wurde fast eine Million Menschen – das ist die Hälfte

der palästinensischen Bevölkerung jener Zeit – über die Grenzen des zukünftigen jüdischen Staates vertrieben. Weitere 300.000 Palästinenser/innen wurden im darauf folgenden Jahrzehnt davon gejagt. Jüdische Siedler aus Europa und von anderswo, die damals weniger als 10 Prozent der Bevölkerung des Landes ausmachten, rissen mehr als die Hälfte Palästinas an sich. Dann im Jahr 1967 besetzte Israel mit Unterstützung der Imperialisten unter Führung der USA die gesamten restlichen palästinensischen Gebiete des Westufers und Gaza, einem schmalen Streifen zwischen der Wüste und dem Meer. Neue jüdische Siedlungen übernahmen mit Unterstützung der Armee die besten Gebiete des Westufers. Bis zu dieser Zeit wurden die Palästinenser/innen auf zirka 22 Prozent des ursprünglichen Landes zurückgedrängt, und sogar dort haben die Israelis den Großteil des Wassers an sich gerissen und überwachen mit Hilfe der Armee fast jeden Bereich des öffentlichen Lebens. Israel zog 2005 seine Truppen aus Gaza ab, behielt aber die Kontrolle der Grenzen, der Meeresküste und des Luftraums. Eine/r von fünf Palästinenser/innen ist dort gefangen, an einem Ort, der nur 2 Prozent des früheren Palästinas ausmacht.

Die Menschen, die jetzt den Angriff Israels aushalten müssen, haben so was schon vorher durchgemacht. Wie viele ihrer Nachbarn stammt die Familie, wo die fünf kleinen Mädchen bei einem israelischen Bombardement vor dem Bodenangriff getötet wurden, aus der Gegend, wo jetzt die israelische Stadt Ashkelon liegt, die heute mit Siedlern aus dem Ausland gefüllt ist, die die israelischen Behörden angeblich durch den Angriff auf Gaza schützen müssen.

Die Art und Weise, wie die israelische Außenministerin

Tzipi Livni die Gründe Israels für diesen Krieg präsentierte, kehrt Recht und Unrecht um. Sie sagte, das Ziel sei es, “den Bürgern von Südisrael Frieden und Ruhe zu bringen.” Warum sollten die Leute, die an genau den Orten leben, von denen die Bewohner/innen von Gaza vertrieben wurden, in der Nacht friedlich schlafen können? Und wenn sie sich in irgendeiner Gefahr befinden, wer schuf denn diese vor allem? In wessen Häusern leben sie?

(Weitere Informationen dazu in AWTWNS vom 12. Mai 2008 und Ilian Pappé “Calling a Spade a Spade: The 1948 Ethnic Cleansing of Palestine, www.badil.org/al-majdal/spring 2006.)

## Israels vorrangiges Ziel in Gaza ist die Bevölkerung

Im winzigen Gaza (10 x 45 Kilometer groß) leben 1,5 Millionen Menschen, das ist die höchste Bevölkerungsdichte der Welt. Die Hälfte sind Kinder. Israelische Sprecher prahlen, wie menschlich sie seien, weil sie Telefongespräche führen und Flugblätter abwerfen, in denen sie die Einwohner warnen, dass sie ihre Häuser räumen sollen. Aber wohin sollen sie gehen? Unter dem Feuer der israelischen Schiffe entlang der Küste und der Panzer, Artillerie und Luftwaffe im Norden und Osten und angesichts der Armee des von den USA abhängigen ägyptischen Regimes im Süden sind sie eingeschlossen. Während sich alle Bewohner/innen von Ashkelon und anderen israelischen Städten in feste, gut ausgerüstete Schutzräumen zurückziehen können, hat die Bevölkerung von Gaza nichts. Viele von ihnen haben nicht einmal ein richtiges Haus. Wie die Palästinenser/innen betonen, sind die israelischen “Warnungen” keine humane Geste, sondern eine typisch israelische Mischung aus Heuchelei und Folter.

Die israelische Außenministerin Livni und andere Behörden betonen immer wieder, es gäbe keine humanitäre Krise in Gaza. Nur wer äußerst unmenschlich ist, kann so was sagen. In den ersten Tagen des Angriffs prahlten sie, sie würden 40-50 LKW-Ladungen Lebensmittel und Nachschub pro Tag nach Gaza hineinlassen – das ist weniger als zehn Prozent, was das Volk dort zum Essen braucht, und das nach einer 18-monatigen Blockade. Es gibt wenig Essen oder Brennmaterial fürs Kochen. Es gibt kein sauberes Wasser, weil Israel nicht genug Chemikalien rein lässt. Offene Abwässer ergießen sich in die Straßen, weil es keinen Strom für Pumpen und Kläranlagen gibt. Die Dunkelheit in der Stadt Gaza während der Nacht beweist, dass es fast keine Elektrizität gibt.

Seit eineinhalb Jahren war die Bevölkerung von Gaza mit immer härteren Bedingungen konfrontiert – und das während der Zeit, als so was wie ein Abkommen zwischen Israel und Hamas bestand. Israel sagt, das Ziel sei die Hamas, und es ist wahr, dass die Zionisten alles unternommen haben, um diese fundamental-islamische Organisation zu biegen oder zu brechen, seit die Hamas die ersten Wahlen in Gaza gewonnen hat. Diese Politik begann bald nach dem Rückzug der israelischen Armee und bevor Hamas die Macht von der so genannten Palästinensischen Behörde (Palestinian Authority, PA) übernahm, als der vorher gewählte PA-Präsident Mahmoud Abbas sich weigerte, den Sieg der Hamas anzuerkennen. Deshalb ist es eine Lüge, wenn die israelischen Behörden jetzt behaupten, dass der "Putsch" der Hamas die Ursache des Problems sei.

In den ersten Tagen der Boden-Invasion berichteten die Krankenhäuser von Gaza, dass die übergroße Mehrheit der Opfer Zivilist/innen waren. Mit wenig Medikamenten, Ausrüstung, Blut und Strom, allen Betten

seit langem belegt und sogar die Gänge voll mit Verwundeten, ist die Situation in den Krankenhäusern von Gaza wie in der Hölle. Ein norwegischer Notarzt, der schon in anderen Kriegen Verwundete versorgt hat, nannte es die ärgste Situation, die er jemals erlebt hat. (International Herald Tribune, 5.1.09) Inzwischen erlaubt Israel die Evakuierung von nicht mehr als einer symbolischen Handvoll Menschen in andere Krankenhäuser. Mit der Ausrede, dass sie Raketen transportieren könnten, werden sogar Rettungsautos und Ärzteteams gezielt beschossen.

Das ist eine Politik, die klar auf einen hohen Preis unter der Zivilbevölkerung von Gaza abzielt. Auch die Nazis verließen sich auf Kollektivstrafen, trieben Leute zusammen und exekutierten Zivilist/innen als Rache für Widerstandsaktionen von anderen, nicht unbedingt aus Wut, sondern aus kaltblütigem Kalkül, dass so was die Unterstützung für den Widerstand beenden würde. Das ist ein Kriegsverbrechen – aber hoffe nicht darauf, dass die israelische Führung vor das internationale Tribunal in Den Haag geschleppt wird!

Soll die Hamas dafür beschuldigt werden? Eine Frau aus einem Flüchtlingslager im Norden von Gaza erklärte das im Fernsehsender Al Jazeera so: "Sie (Israel) haben uns immer angegriffen, schon lange bevor die Hamas existierte."

#### **Seit Israel geschaffen wurde, war so was unvermeidlich**

Die Schaffung Israels beruht auf dem Zusammenspiel von drei üblen Komponenten: dem Standpunkt "mein Volk zuerst" (problematisch bei allen Völkern), einer Ideologie der magischen Konstruktion einer Nation aus Einwanderern, die auf der ganzen Welt verstreut lebten, durch die Verbindung von Land mit einer Religion und der Unterstützung der westlichen

imperialistischen Mächte, zuerst Großbritannien und in den letzten vier Jahrzehnten die USA, da Israel zum strategischen Vorposten der USA im Nahen Osten wurde. Ohne das und ohne die drei Milliarden Dollar, die daher jährlich kommen, wäre der Zionismus wohl eine verrückte Idee geblieben.

Israel hat und wird immer seine Existenz als jüdischer Staat bedroht sehen, weil es genau wegen der Taten, die es zu seiner Gründung gesetzt hat und zu seiner Aufrechterhaltung weiter setzt, in seiner Existenz tatsächlich bedroht ist. Wir können von Benny Morris, einem bekannten israelischen Historiker, der wie sein Akademiker-Kollege Ilan Pappé einmal die Massaker aufgedeckt hat, die im Herzen der Gründung Israels veranstaltet wurden – aber anders als Pappé entschied er später, dass die Existenz Israels solche Verbrechen rechtfertigt. Seine Entwicklung zeigt deutlich die Unmöglichkeit des Versuchs, eine Versöhnung zwischen Zionismus und der ganzen Menschheit herzustellen. Ein kürzlicher Artikel von Morris nennt als die vier "unmittelbaren Bedrohungen" für Israel: den Iran (ein reaktionäres Regime, dessen Glaubwürdigkeit vor allem in seiner Opposition zu Israel besteht), die Hezbollah im Libanon (das Ziel der letzten umfassenden Invasion Israels 2006 und nach dem Krieg noch mächtiger), die Hamas und die 1,3 Millionen übrig gebliebenen Palästinenser/innen mit (zweitklassiger) israelischer Staatsbürgerschaft, die er als "radikalisierte" "Fünfte Kolonne" bezeichnet. Laut Morris besteht das Problem darin, dass sie mit ihrer höheren Geburtenrate bald die Zahl der jüdischen Bürger/innen Israels übertreffen werden, und deshalb müssen sie "transferiert" – zwangsweise rausgeschmissen werden. Schlimmer noch, "die Palästinenser (israelische Araber in Verbindung mit denen, die im Westufer und Gaza-Streifen leben) werden die Mehrheit der Bevölkerung in Palästina

(dem Land zwischen dem Jordan-Fluss und dem Mittelmeer) bilden.“ (International Herald Tribune, 31.12.2008)

Es reichte nicht, die Palästinenser/innen einmal zu enteignen. So lange sie leben, sind sie eine Bedrohung für Israel. Letzten Februar warnte der Stellvertretende israelische Verteidigungsminister, dass Gaza eine "Shoah" drohe, das hebräische Wort für Holocaust, einer religiös angehauchten Bezeichnung für den Nazi-Massenmord an den europäischen Jüd/innen. (Guardian, 29.2.2008). Er wählte dieses Wort nicht als Kritik an seinem Land, sondern als Drohung gegenüber allen in Gaza lebenden Menschen.

Morris und andere behaupten, dass sie sich darüber Sorgen machen, dass "zu viele" Palästinenser/innen einen "demokratischen jüdischen Staat" unmöglich machen würden. Aber während die Regierungen Israels gewählt werden, täuscht im Unterschied zu den westlichen Ländern sein politisches System nicht einmal vor, dass es auf der formalen Gleichheit aller Bürger/innen beruht. Zionismus heißt per Definition bewaffnete Herrschaft über alle Palästinenser/innen und Verweigerung ihrer grundlegendsten Rechte.

Eineinhalb Jahrzehnte zwischen Israel und Palästina haben nichts erreicht als das, was heute passiert. Gibt es irgendeinen Grund zu glauben, dass irgendeine "Zwei-Staaten-Lösung" zu einer palästinensischen Existenz führen könnte, die sie davon unterscheidet, was wir in Gaza sehen – und dasselbe im Westufer? Das Problem kann nicht gelöst werden solange der jüdische Staat besteht.

#### **Die Zionisten und die islamischen Fundamentalisten sind ungleiche feindliche Brüder**

Als Israel im Jahr 1948 die meisten Palästinenser/innen ver-

trieb und dann 1967 Gaza und das Westufer besetzte, gab es Hamas nicht und der islamische Fundamentalismus hatte begrenzten Einfluss. Obwohl sehr verschiedene Faktoren zusammenkamen, die den Aufstieg des religiösen Fundamentalismus in Ost und West, und besonders im Nahen und Mittleren Osten, mit sich brachten, und ohne die dumme Ansicht zu vertreten, dass Verschwörungen die Geschichte vorantreiben, gibt es trotzdem massenhaft Beweise, dass ursprünglich Israel den Aufstieg von Hamas begrüßte und ermutigte.

"Israel unterstützte Hamas direkt – die Israelis wollten sie als Gegengewicht zur PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation) benutzen", erklärt Anthony Cordesman, ein führender westlicher Militär-Experte. Das "was ein direkter Versuch, durch eine konkurrierende religiöse Alternative die Unterstützung für eine starke, nichtreligiöse PLO zu zersplittern und abzuschwächen", sagte ein früherer CIA-Mitarbeiter ("Hamas History tied to Israel", UPI, 18.6.2002). Israel ermordete PLO-Führer, zwang die PLO-Führung zuerst ihre Basis nach Beirut, Libanon zu verlegen und trieben sie schließlich nach Tunesien, wodurch ein freies Feld für Hamas geschaffen wurde. Die CIA half bei diesen Bestrebungen mit, weil es auf einer Linie lag mit dem Bestreben, islamische Fundamentalistengruppen im Kampf gegen die Sowjetunion in Afghanistan und anderswo zu unterstützen und zu bewaffnen – in diesem Fall zur Unterminierung der PLO. (vgl. Details dazu in: Robert Dreyfuss, Devil's Game, Henry Holt and Co., New York 2005, besonders S.207-213)

Die USA und Israel unternahmen alles Mögliche, um die PLO zu schwächen und zu demütigen, sogar noch als die Führung anging, den Weg der Koexistenz mit Israel zu suchen. Auch jetzt, wo die PLO völlig korrupt und ein Werkzeug in den Händen der USA und Israels ist, wird sie

dauernd weiter gedemütigt. Das ist ein weiterer Faktor für den wachsenden Einfluss von Hamas.

Hamas hatte eine komplizierte Beziehung mit Israel, weil ihre Identität nicht auf Nationalismus beruht (obwohl sie als Auffangbecken für nationale Gefühle fungiert), sondern auf Religion. Ihr höchstes Ziel ist nicht die Befreiung des palästinensischen Volkes, sondern die Errichtung eines islameischen Staats. Ihr Führer in Gaza, der Premierminister der Palästinensischen Behörde Ismail Haniyeh, wiederholte kürzlich, was er seit langem betont: Wenn Israel die Angriffe einstellt und die Grenzen öffnet, "wird es möglich sein, über alle Fragen ohne Ausnahme zu sprechen." Khaled Meshal, der wichtigste Hamas-Führer im Exil sagte, dass als Gegenleistung für eine Zwei-Staaten-Lösung auf Grundlage der Grenzen Israels von 1967, Hamas ein Abkommen akzeptieren würde, das "unbegrenzt" gelten könnte (Haaretz, 2.1.2008). Hamas sieht ihre Raketenabschüsse nicht als Versuch Israel zu besiegen – was sie klarerweise auch nicht könnten – sondern als Bemühung, Israel zu so einem Kompromiss zu zwingen. "Wenn die Formel 'Widerstand und Pragmatismus' von Hamas fehlschlägt, wachsen schon viel schlimmere Kräfte im Schatten der Ruinen von Gaza heran, die bereit sind, ihren Platz einzunehmen", warnt ein Kommentator in einer Zeitung in Tel Aviv (Haaretz, 2.1.2008)

Israel ist so weit, die Hamas aus tiefer gehenden Gründen zu hassen, als es die Hamas selbst ist. Ein Grund ist die Zukunft, die der Zionismus dem palästinensischen Volk bereiten will und die Notwendigkeit, ihm seine Rücksichtslosigkeit und Stärke zu demonstrieren. Ein anderer ist der Aufstieg des islamischen Fundamentalismus, einschließlich der Islamischen Republik Iran, als ein Hindernis für die Interessen

der USA im Nahen und Mittleren Osten und seine Gefahr für Israel. Die Wirklichkeit sollte nicht auf den Kopf gestellt werden: Israel hat und wird weiter die Palästinenser/innen unterdrücken und schlimmer noch, nicht wegen des islamischen Fundamentalismus (oder irgendeines wirklichen Widerstands), sondern wegen seiner eigenen Notwendigkeit und Logik. Doch während Israel und Hamas Feinde sind, sind sie einander doch die besten Feinde, die sich jeder von ihnen wünschen kann.

### **Wir stehen vor einigen Problemen**

Das Ziel eines islamischen Staates ist noch ein anderer Begriff für palästinensische Befreiung, obwohl es keine Zweifel gibt, dass islamische Fundamentalisten sich danach sehnen, Israel früher oder später zu zerstören. Wenn Hamas seine erklärten Ziele erreichen könnte und Israel durch ersetzen könnte durch "Juden, Moslems und Christen, die unter der Souveränität eines islamischen Staates leben" (Interview mit dem Hamas-Führer Mahmoud al-Zahar, Jerusalem Post, 2.4.2006), würde das keine Befreiung bringen. Es würde die Palästinenser/innen einfach unter der gegenwärtigen von Imperialisten beherrschten Weltordnung und unter Unterdrückungsbeziehungen in einer anderen aber nicht weniger verhassten Form einsperren. Tatsächlich klingt es nach einem islamischen Israel, einem ekelhaften Ziel, auch wenn das unmöglich ist, so lange es nach den Bedürfnissen der USA geht.

Darüber hinaus sind die Führung, das Programm und die Ideologie der Hamas negative Faktoren. Sie stehen der der Entwicklung eines politischen Programms und einer Strategie im Weg, und sie stehen der vollständigen Befreiung des palästinensischen Volkes aus dem globalen Netz von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher

Beziehungen im Weg, in dem es gefangen ist, was nur durch die Zerstörung des zionistischen Staats erreicht werden kann. Wie jetzt im Licht des israelischen Feuers, der Bomben und Panzergeschoße sehr klar gesehen werden kann, ist die Führung und Ideologie der Hamas im palästinensischen Kampf ein Hindernis dafür, alle vorhandenen positiven Faktoren ins Spiel zu bringen. Die konkreten Bedingungen, unter denen Israel und seine us-amerikanischen Hintermänner so entschlossen sind, die Friedhofsruhe zu erzwingen, ist ein weiterer Hinweis auf die potenziellen Stärken, die die Palästinenser/innen heute ungenutzt lassen.

Die Befreiung Palästinas ist so schwer vorstellbar unter den heutigen weltweiten Bedingungen der zentralen Bedeutung des Widerspruchs von Palästina/Israel und den Interessen des us-amerikanischen Imperialismus und seinem derzeitigen Zerstörungsfeldzug zur Kontrolle und Verwandlung des Gebiets des Nahen und Mittleren Osten in eine zentrales Standbein für die Welthegeemonie. Aber die gleiche Situation ist auch eine potenzielle Quelle enormer Kräfte für die palästinensische Sache. Die Völker der Region schauen auf Palästina, nicht nur weil sie die Ungerechtigkeit nicht aushalten, sondern auch weil sie die Verbindungen zwischen Palästina und ihrer eigenen unerträglichen Lage unter Regimen spüren, die es nicht wagen, Israel anzugreifen – einerseits wegen ihrer eigenen Abhängigkeit von den USA und andererseits wegen ihrer rückständigen Gesellschaftssysteme, die sich der heutigen imperialistischen Weltordnung nicht widersetzen können. Ohne irgendwelche Zugeständnisse an die israelische Kriegsmaschine zu machen, die ihre Verbrechen als Selbstverteidigung zu tarnen versucht, sind die Zionisten wirklich eine winzige Min-

derheit in der Region und bei einem Großteil der Weltbevölkerung verhasst.

Das gilt ebenso auf globaler Ebene – das imperialistische System ist sehr mächtig, aber Palästina ist ein potenzieller Schwachpunkt und es liegt in einem Strudel der Widersprüche in der heutigen Welt.

### **“Die Menschen sterben und niemand kommt uns zu Hilfe“**

Diese Worte eines jungen Mädchens aus Gaza sind so herzerreißend, weil sie der Wahrheit so nahe kommen. Natürlich ist es nicht so, dass "niemand" was tut. Es gab und gibt große Demonstrationen in allen Erdteilen. Aber es ist wahr, dass keine imperialistische Macht – Länder mit der Macht etwas zu tun – sich einen Deut um das Gemetzel an den Palästinenser/innen schert, dass kein Regime in der Region einen Finger rühren wird, ihnen zu helfen und dass die revolutionären Bewegungen der Völker der Welt derzeit auch nicht stark genug sind.

In früheren Jahrzehnten war die Befreiung Palästinas ein führendes Banner in den Kämpfen gegen das imperialistische System auf der ganzen Welt. Dementsprechend sind Rückschläge im palästinensischen Kampf zugleich mit einem weltweiten Rückgang des revolutionären Schwungs eingetreten. Diese Kämpfe können nicht einfach zurückgesehen werden. Die heutige Welt ist anders. Es gilt neue Erscheinungen zu analysieren und Hindernisse zu überwinden. Die nationalrevolutionäre Strömung der früheren Jahrzehnte hat ihren Lauf genommen und hat die Grenzen dessen erreicht, was mit ihrem Verständnis in einer sich verändernden Weltlage erreicht werden konnte. Sie wurde nicht-revolutionär, wie die die PLO, die heute die Palästinensische Behörde leitet. Der Aufstieg des islamischen Funda-

mentalismus kam teilweise als Verzweigungsreaktion auf den Verrat und trotzdem stellt auch er eine Sackgasse dar.

Wenn wir das Beispiel der Irak-Invasion hernehmen, sehen wir, wie die Vorherrschaft verschiedener Formen des islamischen Fundamentalismus und anderer reaktionärer Strömungen unter den Kräften, die sich gegen die Okkupation stellten, dabei mithalfen, die falsche und schädliche Vorstellung zu nähren, dass es nur die Wahl zwischen imperialistischer Besetzung und islamischer Herrschaft gebe. Das erwürgte den irakischen Volkswiderstand und entmutigte die wirklich globale Protestbewegung, die am Vorabend der Invasion einen gewaltigen Höhepunkt erreichte.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die US-israelische Lüge alles erdrückt, wonach alle, die Israel hassen und Palästina unterstützen den islamischen Fundamentalismus akzeptieren müssen. Im Nahen und Mittleren Osten und anderen historisch moslemischen Ländern ist die Unterstützung der Völker für Palästina im Würgegriff der religiösen Kräfte und deren gegen die

Freiheit gerichteten Programme gefangen. So ist der Volkskampf gefangen entweder in einer zwiespältigen Haltung zu den von den USA abhängigen Regimes – wie Ägypten, Jordanien, Türkei und Indonesien – oder die berechnete Empörung bindet sich an ein beschränktes, reaktionäres Ziel wie die Islamische Republik Iran.

Soweit sich die verbrecherische Invasion von Gaza als ein Kampf zwischen zwei verfeindeten Religionen äußert, ist auch das ein negativer Faktor für die Fähigkeit Palästinas, alle Unterstützung von den Völkern der Welt zu erhalten, die erreicht werden kann, einschließlich vieler Jüd/innen, sogar einiger in Israel. Dieser Rahmen ist inzwischen sehr starr, weil es dazu kaum eine Opposition gibt und weil es bisher so scheint, dass sie die einzigen "realistischen" Alternativen darstellen – obwohl gerade die heutigen Ereignisse zeigen sollten, dass beide auf Religion gegründeten Alternativen Sackgassen sind. So bleibt vielen Menschen nur die berechnete Wut ohne passende Ausdrucksmöglichkeit.

Manche Menschen sind offen für ein wissenschaftliches Ver-

ständnis der palästinensischen Frage und der Beziehung zwischen Fortschritten in dieser Frage und Fortschritten im Kampf für die Beseitigung des ungerechten und unnötigen imperialistischen Systems, das alle Menschlichkeit erstickt. Wenn sie sich und andere losreißen aus diesem engen Rahmen von "Zionismus gegen islamischer Fundamentalismus" und dort nicht mehr hinterher rennen, können sie eine entscheidende Rolle spielen, sowohl um die Augen gegenüber den Verbrechen Israels zu öffnen und den Gründen die dahinter stecken, als auch um eine viel breitere Unterstützung für Palästina zu entfesseln, als wir bisher erlebt haben – eine Unterstützung die Palästina tatsächlich verdient, braucht und auch heute erhalten könnte. In Palästina selbst wird es nur dann möglich sein, aus der körperlichen, politischen und ideologischen Gefangenschaft zu entrinnen, unter der das Volk derzeit so unerträglich leidet, wenn der Ausbruch aus dem engen Rahmen des "Zionismus gegen Islam" gelingt und ein wissenschaftliches Verständnis der Situation und Perspektive erreicht wird.

## Es wechseln die Zeiten ...

Aus: Kleine Zeitung, Graz 15.11.2008



Nepals Ex-König Gyanendra

AP

### Ex-König kann den Strom nicht bezahlen

**G**yanendra, Nepals Ex-König, kann seine Stromrechnung nicht bezahlen. Nun baten seine Tochter, Nichten und Neffen Arjun Kumar Karkium, den Direktor der nepalesischen Elektrizitätsbehörde um den Erlass der Rechnung in Höhe von 788.955 Euro. Die Kosten waren in drei Jahren bis zum

Mai 2008 entstanden, als die Monarchie abgeschafft wurde. Bis dahin besaß der König 22 Paläste und Residenzen im Himalaya-Staat. Die meisten Paläste wurden verstaatlicht. Gyanendra lebt jetzt in einem Haus der Regierung am Rande Kathmandus. Dort wollte man ihm den Strom abdrehen ...

# Massive Streiks und Arbeitskämpfe in Frankreich

## Für eine klassenbewußte Gewerkschaftspolitik!

## Für den Parteaufbau!

Seit dem Sommer haben **Arbeitskämpfe, Streiks, Demonstrationen, Betriebsbesetzungen** etc. einen großen Aufschwung genommen. Es vergeht kaum ein Tag ohne neue Kampfaktionen. Allein in den letzten drei Monaten kam es zu mehr als 20 Streiks von größerer Bedeutung, darunter mehrere nationale Streiks im Gesundheitssektor, im Schul- und Ausbildungssektor, bei Bahn, Post und Air France, auch im Radio- und Fernsehbereich, sowie zu einer Vielzahl kleinerer Streikaktionen. Ebenso zu einem Dutzend großer Demonstrationen, darunter einige auf nationaler Ebene.

Nicht mitgerechnet sind hier die Streiks der **Sans-papiers**, der „nicht-regulierten“, also illegalen ausländischen Arbeiter /innen und Angestellten, um ihre „Regularisierung“. Die Kämpfe der Sans-papiers gehören zu den wichtigsten politischen Entwicklungen im französischen Klassenkampf, weil sie, aus den unmittelbaren Lebensverhältnissen entspringend, direkt gegen den französischen Staat, gegen seinen Rassismus, gegen die Diskriminierung, gegen die Spaltung der Arbeiterklasse gerichtet sind. Das ist auch eine wichtige Frage des Kampfes um die Einheit der Arbeiterklasse. Die Bewegung wird von vielen gewerkschaftlichen Basisorganisationen, vor allem aus der CGT, unterstützt, aber die Gewerkschaftsführer aller Schattierungen tun alles, um die „Unterstützung“ dieser Kämpfe beschränkt, zersplittert und getrennt vom sonstigen Klassenkampf zu halten. Der enorme politische Einsatz dieser Kämpfe müßte in einer massiven nationalen Kampagne für die Regularisierung aller, nicht nur derer, „die die französische Wirtschaft braucht“, oder derer, die das im Kampf aufgrund besonderer Bedingungen durchsetzen können, seinen Ausdruck finden. Das ist leider nicht der Fall. Aber diese Kämpfe sind ein wichtiger He-

bel zur Beförderung von Klassenbewußtsein und Klassenkampf.

„**Ça bouge**“ – da rührt sich was! Was rührt sich, wofür und wie rührt es sich? Abgesehen von den Sans-papiers geht es in den Kämpfen erstens um Löhne, Arbeitsbedingungen, Verschlechterung der Schichtarbeitsregelungen, Verhinderung oder Beschränkung der Sonntagsarbeit, Unterminierung der 35-Stunden-Woche, „Flexibilisierungen“ jeder Art. Der wichtigste Strang ist der Kampf gegen Kündigungen, Betriebs-schließungen, Verlagerungen ins Ausland etc., kurzum um die Arbeitsplätze. In allen diesen Fragen wird der Kampf gegen die Folgen der „Finanzkrise“ ausgetragen. Der französische Staat hat den Banken 360 Milliarden Euro Profitstützung zugesagt, irgendjemand muss das klarerweise zahlen. „Daß Du untergehst, wenn Du Dich nicht wehrst, das wirst Du doch einsehen“, sagte einst Bertolt Brecht zu dieser Frage. Ein dritter Strang ist der Kampf gegen die Erhöhung des gesetzlichen Pensionsalters von 60 auf 65 Jahre, wogegen unter anderem ein viertägiger Streik der Air France gerichtet war. Ein vierter Strang sind die Maßnahmen im „Öffentlichen Dienst“, Privatisierungsbestrebungen und Verschlechterungen, etc. Das gilt für Lehrer, Eisenbahner, Postler etc. So wird z.B. das System der Krippen (ab dem dritten Lebensjahr) und Schulen (Ganztags- und Gesamtschule) immer mehr in Frage gestellt, 2009 sollen wieder etwa 13.000 Lehrer/innen abgebaut werden, die öffentlichen Schulen werden zu Tode gespart, während die privaten Schulen gehätschelt werden (100% auf Staatskosten! Die Schulgebäude etc. der Privatschulen müssen die Gemeinden zahlen, die Lehrergehälter etc. der Privatschulen zahlt der Staat. Was ist hier eigentlich privat? Richtig! Der Profit! Dafür dient es der

„Auslese“ und der weiteren Verrottung der Schulen der Arbeiter/innenklasse und des Volkes.). Bei den Lehrern und im Transportbereich ist zudem ein wichtiger politischer Kampfgegenstand das sogenannte SMA (Service Minimum d'Accueil = Mindestbetreuungsservice), d.h. das Streikrecht sollte gebrochen werden, indem per Gesetz gesagt wurde, Streikrecht hin oder her, aber im öffentlichen Dienst müsste zumindest ein Notbetrieb aufrechterhalten werden. Hier gab es nach den letzten Streiks solche Widersprüche auf allen Ebenen, bis zu vielen Bürgermeistern, die das Gesetz nicht einhalten konnten und blitzartig angeklagt wurden, sodass dieses Gesetz faktisch gekippt wurde.

Abgesehen von den Streiks und Betriebsbesetzungen etc. gab es große **Demonstrationen**: Am 10.10. demonstrierten 5.000 Automobilarbeiter in Paris, am 19.10. demonstrierten 80.000 Beschäftigte aus dem Schulwesen, am 6.11. demonstrierten 3.000 Arbeiter und Angestellte der Automobilzulieferindustrie in Haute Garonne, am 8.11. demonstrierten 3.000 Arbeiter und Angestellte von Renault in Le Havre, letzteres war eine für die Formierung eines „syndicalisme de classe“ (einer klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung) sehr wichtige Aktion, am 23.11. demonstrierten 20.000 Eisenbahner in Paris, am 20.12 fand eine große Demonstration in Bordeaux statt etc.

Einige wichtige unmittelbare **Erfolge** wurden erzielt. Das SMA bei Lehrern und im Öffentlichen Transport wurde faktisch durchbrochen, gilt als unanwendbar und wird jetzt „überprüft“. Die Erhöhung des Pensionsalters von 60 auf 65 Jahre wurde von der Tagesordnung genommen und um ein paar Jahre verschoben. Die Schulreform (mit den 13.000 Kündigungen usw. usf.) wurde ebenfalls verschoben. Auf Be-

triebsebene wurden eine Reihe ökonomischer Erfolge erzielt.

Wichtiger ist natürlich: **Was bringt das alles für die Arbeiterbewegung?** Man muss nämlich beachten: Was in Österreich vielleicht spektakulär erschiene, ist hierzulande nicht sonderlich spektakulär. Dass gestreikt und demonstriert wird, ist hier nicht so außergewöhnlich. Wenn man mit etwas unzufrieden ist, demonstriert und streikt man hier. Dennoch gab es seit Sommer einen massiven Aufschwung der spontanen Arbeitskämpfe. Und einen massiven Aufschwung der politischen Kämpfe betreffend Sans-papiers, Streikrecht etc. Es waren sicher Hunderttausende Menschen im Streik und auf den Straßen. Einige der Streiks brachten Fortschritte in puncto Selbstorganisation und Militanz der Arbeiter und anderen Lohnabhängigen. In drei Fällen wurden die Betriebe besetzt, darunter eine Gießerei in der Bretagne für vier Tage, in einem Fall wurde der Firmenchef „festgesetzt“ (eine gute Tradition aus früherer Zeit: Man glaubt gar nicht, wie weich die härtesten Brocken unter gewissen persönlichen Umständen rasch werden!). Ein Streik in einer Baumaterialfirma bei Bordeaux wurde 22 Tage aufrechterhalten und endete mit einem Erfolg, in puncto Lohn, vor allem aber in puncto Kampfkraft und Klassenbewusstsein. An den Streiks nahmen auch militante und kampfgeübte Belegschaften teil, wie z.B. die von Goodyear Dunlop, wo der Kampf gegen 1.700 Kündigungen und Umstellungen des Schichtbetriebs bereits seit 2007 andauert und wo die Verschlechterung des Schichtbetriebs abgewendet werden konnte, oder die der Stahlwerke des ArcelorMittal Konzerns, wo immer wieder Kämpfe und Betriebsbesetzungen aufflackern. Aber trotzdem: Bringt das alles etwas, einen wirklichen und dauerhaften Fortschritt in puncto Klassenbewusstsein, Kampfkraft etc.?

Die OCML VP („Organisation communiste marxiste-léniniste – Voie prolétarienne“) versucht, eine **klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung** aufzubauen. „Pour un syndicalisme de classe!“ ist die Losung. Dafür wird eine strategische Linie und auch eine Plattform mit einer Reihe von Forderungen vorgeschlagen, darunter unter anderem (hier nicht wörtlich übersetzt, sondern für österreichische Leser transponiert und zusammengefasst):

- *Gegen Armut und Prekarität:* Sofortige Erhöhung der niederen und mittleren Löhne um 300 Euro monatlich/ Erhöhung des staatlichen Mindestlohns und des Arbeitslosengeldes auf 1.500 Euro monatlich/Abschaffung von diskriminierenden, befristeten und Probe-Arbeitsverträgen

- *Gegen Kündigungen und Betriebsschließungen:* Volle Weiterzahlung des letzten Lohnes im Fall der Kündigung, finanziert nicht aus der Sozialversicherung, sondern aus einer nur von den Kapitalisten finanzierten Sondereinrichtung/Ablehnung des Regierungsprojektes („SSP“) zur „Flexibilisierung“ der Lohnarbeit und Unterminierung des Arbeitsrechts

- *Arbeitszeitverkürzung* auf 33 Stunden als erste Etappe auf dem Weg zu 30 Stunden, ohne Lohnverlust und „Flexibilisierung“/Beseitigung der „Flexibilisierung“ über Modelle von Jahresarbeitszeit und Rückkehr zur Regelung der Wochenarbeitszeit (das wurde nämlich in Frankreich mit der 35-Stunden-Woche eingeführt)

- *Verteidigung der Arbeitsbedingungen:* Anerkennung der Schwerarbeit (Schichtarbeit, Fließbandarbeit, chemische und physikalische Beeinträchtigungen, Stress etc.) durch ein Pensionsalter von 55 Jahren/strikte Beschränkung der Nacht- und Schichtarbeit auf solche Fälle, wo dies gesellschaftlich tatsächlich notwendig ist (z.B. Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr etc.)/Regelungen zu früher durch As-

best geschädigten Arbeitern, Entschädigungen etc.

- *Gegen die Privatisierungen* und für die Verteidigung sozialer Rechte: Verteidigung der öffentlichen Dienste im Gesundheits- und im Schul- und Vorschulwesen / Aufrechterhaltung der Laizität der Schulen/Aufrechterhaltung des Systems der sozialen Sicherheit, darunter der Pension mit 37,5 Beitragsjahren/Aufhebung aller Gesetze seit 1968, die diese Rechte einschränkten

- *Sofortige und bedingungslose Regularisierung* aller „illegalen“ Arbeiter und ihrer Familien/Franzosen und Immigranten – eine einzige Arbeiterklasse!/ Recht auf Familienzusammenführung/Schluss mit den Ausweisungen/uneingeschränktes Wahlrecht für die Immigrant/innen / automatische Einbürgerung auf Wunsch

- *Verteidigung demokratischer Rechte* und Freiheiten: uneingeschränktes Streikrecht/ Recht auf Wohnung (...)/Recht auf allgemeine und kostenlose Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung/gegen die Unterdrückung der Immigrant/innen, Jugendlichen und Gewerkschaftsaktivisten/Einstellung aller Verfahren, darunter der aus den Kämpfen Ende 2006 gegen die Reform des Arbeitsrechts (Kündigungsbeschränkungen)

- *Internationale Solidarität* der Arbeiter im Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus und Kolonialismus/im Kampf gegen den französischen Imperialismus/Abzug aller französischen Truppen aus fremden Ländern/ für eine wirkliche internationale Gewerkschaftseinheit und gegen die reformistischen Verbände, Instrumente des Imperialismus/gegen EU, UNO und NATO

- Für die *Gleichberechtigung* von Mann und Frau, gegen Sexismus und Homophobie: Schluss mit der Diskriminierung der Frauen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit / Schluss mit der erzwungenen Teilzeitarbeit, v.a. für Frauen / Schluss mit Gewaltanwendung und sexueller

Belästigung gegenüber Frauen, vor allem am Arbeitsplatz/ Schluß mit der Diskriminierung von Menschen am Arbeitsplatz wegen ihres Sexualverhaltens.

Das ist nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein gewerkschaftliches **Forderungsprogramm für den unmittelbaren Tageskampf**. Um sich im unmittelbaren Tageskampf zusammenzuschließen, sollte man sich auf dem Boden dieser Plattform verständigen können. Kann man das, bei aller Militanz in Einzelfragen, nicht, wird es keine erfolgreiche Kampfperspektive geben können, weil die Spaltungslinien schon vorgezeichnet sind. Die OCML-VP bemüht sich, klassenbewußte Arbeiter und Angestellte um diese Plattform zusammenzuschließen und damit einen festen Kern zu schaffen, um die Zersplitterung zu überwinden, die Paralyse der Bewegung durch die reaktionären Gewerkschaftsführer zu überwinden und dem spontanen Klassenkampf ein Rückgrat zu verleihen, also eine klassenbewusste Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Zugleich wird versucht, in diese Kämpfe die Perspektive der sozialistischen Revolution hineinzutragen und die fortgeschrittensten Elemente in der kommunistischen Organisation zu organisieren. Nachdem diese Bemühungen zwar 2007 erfolgreich waren, dann aber abflauten, teils auch weil viele von den Gewerkschaftsbözen eingeschüchtert wurden, gibt es jetzt wieder einen Aufschwung. Am 29.11. fand z.B. in Paris eine von Ford-Arbeitern initiierte Konferenz **„Pour un syndicalisme de classe!“** statt, an der 300 Gewerkschaftsaktivisten teilnahmen. Zwar konnte noch kein klares Ergebnis in Form von Beschlüssen erreicht werden, aber die Bewegung ist jetzt wieder im Aufwind. Ein wichtiges Instrument für den gewerkschaftlichen Kampf ist die Internet-Plattform der OCML-VP **„Où va la CGT?“** („Wohin entwickelt sich die CGT (die größte Gewerkschaft in Frankreich)?“).

Hier wird die Entwicklung des Klassenkampfes genau verfolgt und versucht, theoretisch und praktisch einzugreifen.

Letztenendes ist die wichtigste Aufgabe der französischen Kommunist/innen der Aufbau einer revolutionär kommunistischen **Partei der Arbeiterklasse**. Dafür müssen die klassenbewusstesten und militantesten Kräfte in den politischen und Arbeitskämpfen für die Sache des Kommunismus und für die Organisation in der kommunistischen Organisation gewonnen werden.

Das ist der Kernpunkt. Der Zusammenschluss mit anderen revolutionären Kräften ist, soweit als möglich, natürlich wünschenswert, aber nicht das Hauptkettenglied. Es gibt neben der OCML-VP einige kleinere marxistisch-leninistische Organisationen, mit denen man sich zusammenschließen kann, es gibt weiters zwei „maoistische“ „Internet-Parteien“ (die nie in Erscheinung treten außer im Internet), mit denen man sich nicht zusammenschließen kann, allein schon weil man sich mit Geistwesen nicht zusammenschließen kann (abgesehen davon, daß es sich um kuriose Sektierergerichte handelt), es gibt auch noch zwei, drei „hoxhaistische“ Organisationen, mit denen es grundlegende ideologische Differenzen gibt. Dann gibt es das Projekt der Trotzisten der „Ligue Communiste Révolutionnaire“, Sektion der trotzkistischen IV. Internationale, im Jänner 2009 eine „Neue Antikapitalistische Partei“ unter Aufsaugung aller „antikapitalistischen“ Kräfte „links von der Sozialdemokratie“ zu gründen, was momentan viel diskutiert wird, aber rasch in die Bedeutungslosigkeit versinken wird. Es ist der Versuch, auf vollständig reformistischer Grundlage eine „Alternative zur und links von der Sozialdemokratie“ zu kreieren, die Bourgeoisie verfolgt das mit positivem Interesse, das Projekt wird im Jänner ein „großer Erfolg“ und ein Jahr später vergessen sein, die trotzkistische LCR wird damit

sich selbst aufgelöst, aber endlich ihre Ruhe gefunden haben, weil sie ohnehin schon längst auf so Dinge wie die „Diktatur des Proletariats“, die „sozialistische Revolution“ etc. verzichten wollte und jetzt endlich einen Vorwand hat, das zu tun. Aber sicherlich leistet das Projekt kurzfristig einen Beitrag, klassenbewusste Arbeiter/innen und Angestellte vom Schritt zu revolutionären Positionen abzuhalten und in einen modern-militant-reformistischen Sumpf zu führen. In ein paar Jahren wird der Zauber vorbei und eine Flurbereinigung erfolgt sein.

Wie man sieht, steht der **spontane Aufschwung** des Klassenkampfes in keinerlei Verhältnis zu dem, was notwendig wäre, weder im Hinblick auf einen „syndicalisme de classe“, noch im Hinblick auf den Aufbau einer kommunistischen politischen Partei der Arbeiter/innenklasse. Der Schwung des spontanen Kampfes kann bisher noch nicht gerichtet werden auf und übergeführt werden in den Aufbau einer organisierten klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung, kampforientiert, auf die Einheit der Arbeiter/innenklasse gerichtet, unabhängig von den Kapitalisten, von den bürgerlichen Parteien und von Gewerkschaftsbözen und Arbeiteraristokratie, selbständig, demokratisch, militant. Deshalb verlaufen auch noch so starke spontane Kämpfe, ungeachtet einiger Teilerfolge, letztenendes immer im Sand und gelingt es den zwar vielfach verhassten, ausgepöferten, in durchaus wörtlichem Sinne von Zeit zu Zeit mit nassen Fetzen verjagten Gewerkschaftsbözen nach wie vor, die Bewegung zu desorientieren, zu zersplittern, zu spalten, auf regionale und lokale Aktionen zu beschränken, zu Alibiveranstaltungen verkommen zu lassen, Streiks zu „Warnschüssen“ zu pervertieren etc.. Es ist eine wichtige ideologische Aufgabe, diese Zustände zu überwinden. Daran wird hier gearbeitet.

(Ende Dezember 2008)

# Griechenland: Nieder mit dieser Mörder-Regierung!

Auszüge aus Erklärungen der Kommunistischen Organisation Griechenlands (KOE), die uns ein Genosse vom „Info-Verteiler“ in deutscher Übersetzung zur Verfügung gestellt hat. Die vollständige englische Version ist zu finden auf: <http://international.koel.gr/>. Bis Redaktionsschluss gab es leider noch keine genauere politische Gesamteinschätzung.

## Nieder mit dieser Mörder-Regierung! (7.12.2008)

Die Kommunistische Organisation Griechenlands (KOE) informiert die fortschrittliche Öffentlichkeit:

1. Gestern Abend, am 6. Dezember, erschoss ein Mitglied der Spezialtruppen der Polizei kaltblütig einen 15 Jahre alten Jungen im Zentrum von Athen und brachte ihn um.

2. Dutzende Augenzeuginnen, die sich meldeten und mit den Medien sprachen, bestätigen, dass es sich um kaltblütigen Mord handelt, denn es gab zuvor keinen Zwischenfall. Der Versuch der griechischen Regierung, die Öffentlichkeit zu belügen und zu behaupten, dass die Jugendlichen die Polizei angegriffen hätten, schlug schließlich fehl: Heute Nacht, am 7. Dezember, bezichtigen sogar die mainstream-Zeitungen die Regierung offen der „offensichtlichen Lüge“.

3. Der polizeiliche Mord geschieht nach Jahren zunehmenden Staatsterrors gegen die Jugend und gegen die arbeitende Bevölkerung, und dieser Terror wird niemals geahndet, immer verdeckt und von der neoliberalen Regierung von K. Karamanlis gerechtfertigt. Während der letzten Jahre wurden dutzen-

de DemonstrantInnen und andere BürgerInnen oder ImmigrantInnen von der Polizei verhaftet, gefoltert und verletzt.

4. Die griechische Regierung versuchte, die Menschen zu desorientieren und zu beruhigen, indem sie ein Theater der „Rücktrittsangebote“ seitens des Innenministers und des Polizeichefs von Griechenland, die sofort vom Premierminister „abgelehnt“ wurden, inszenierte.

5. Deshalb trägt die griechische Regierung die volle Verantwortung für den Mord an dem 15jährigen Jungen, der alles andere als ein Einzelfall war. Die griechische Regierung hat den Mörder bewaffnet. Es ist die griechische Regierung, die die Polizisten ausbildet und ihnen einschärft: „Ihr seid der Staat und ihr seid unberührbar, ihr seid das Gesetz“.

6. Seit gestern Abend haben tausende Jugendliche und arbeitende Menschen in ganz Griechenland ihre Entrüstung und ihren berechtigten Zorn auf diese Regierung der Diebe und Mörder ausgedrückt. In Athen, und ebenso in Thessaloniki, Patra und vielen anderen griechischen Städten,

finden nahezu pausenlos dutzende Demonstrationen statt.

7. Die Kommunistische Organisation von Griechenland (KOE), die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA), alle linken Organisationen (mit der schändlichen Ausnahme der Kommunistischen Partei Griechenlands, KKE, die lediglich ein Statement herausgab) beteiligen sich an dieser Revolte unter der Parole: „Nieder mit dieser Regierung der Mörder und Diebe!“

8. Heute morgen, Sonntag, 7. Dezember, versammelten sich tausende Menschen zur von den linken Kräften organisierten Demonstration in Athen. Sie wurden mit beispielloser Brutalität von der Polizei angegriffen, aber der Staatsterror hat es nicht geschafft, den Marsch zu verhindern. Morgen Abend werden wir eine weitere Demonstration organisieren. Der Protest geht überall weiter. Ähnlich ist die Situation in ganz Griechenland.

9. Die Mörder und ihre Anstifter, die neoliberale Regierung von K. Karamanlis, werden für alle ihre Verbrechen bezahlen! Der Staatsterror wird sich nicht durchsetzen! Der Kampf des Volkes wird siegreich sein!

## Alle auf die Strasse! (8.12.2008)

Die Kommunistische Organisation Griechenlands (KOE) begrüsst die vielen tausend Jugendlichen und anderen Menschen, die bereits den dritten Tag weitermachen, die selbstbewussten und kämpferischen Demonstrationen gegen die Regierung und die polizeilichen Mörder. Derzeit (am Morgen des Montag, 8. Dezember) demonstrieren tausende SchülerInnen vor dem Athener Hauptquartier der Polizei, und ebenso in vie-

len Vororten von Athen und in ganz Griechenland. Für heute Nachmittag rufen die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) und andere linke Organisationen zu Massenprotesten im Zentrum von Athen und in vielen anderen Städten auf. Sogar die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE), die bisher nichts unternommen hat und sich an keinem der Proteste beteiligt hat, spürt nun den Druck und den Zorn der Jugendlichen

und der Volksmassen und ruft (wie immer zu separaten) Treffen in Athen auf.

Die Regierung trägt die volle politische Verantwortung. Sie ist überall gescheitert: in der Wirtschaft, der Bildung, der Arbeit, den demokratischen Rechten. Je eher diese kriminelle Regierung fällt, desto besser für die Menschen und die Gesellschaft! Die pseudo-„Rücktritte“ des Innenministers und des stellvertretenden Ministers für die Öff-

fentliche Ordnung können den echten sozialen Zorn nicht beruhigen. Mehr noch, die Tatsache, dass diese „Rücktrittsgesuche“ vom Premierminister nicht angenommen wurden, beweist die volle politische Verantwortung des Premierministers und seiner gesamten Regierung. Die Revolte ist nicht zu Ende. Sie hat erst begonnen. Wir rufen die Jugend und die Men-

schen auf: Kommt alle zu den heutigen Demonstrationen in ganz Griechenland! Lasst uns an den Schulen und an den Universitäten den Streik ausrufen. Lasst uns den Generalstreik am kommenden Mittwoch zu einem Volksaufstand gegen die kriminelle Regierung umwandeln, zu einem Volksgericht, das diese korrupte und mörderische Regierung verurteilt.

Lassen wir die politisch Verantwortlichen für ihre anhaltenden Verbrechen bezahlen!

**Alle auf die Strasse! Alle auf die Strasse! Alle auf die Strasse!**

Nieder mit dieser Regierung, die Griechenland verkauft, die Volksmassen angreift und die Jugend umbringt! Der Kampf des Volkes wird siegreich sein!

## Der Staatsterror kann den völlig berechtigten und allgemeinen Protest nicht stoppen (8. Dezember 2008)

Gestern war ein Tag der landesweiten Proteste. Die OberschülerInnen versammelten sich in ihren Schulen und marschierten dann ins Zentrum ihrer Städte, zu zig-tausenden. Sie drückten ihren Zorn vor dem Hauptquartier der Athener Polizei aus. Sie warfen Eier und Steine auf die Spezialtruppen vor dem Parlament. In Piräus warfen sie Polizeiautos um. In ganz Griechenland griffen sie Polizeistationen an. Den ganzen Tag über drückten die Jugendlichen und die Massen ihren Zorn über die Regierung der Mörder aus. Die Regierung antwortete mit einer riesigen Welle des Staatsterrors. Dutzende Menschen wurden von den Spezialkräften verhaftet und verletzt. In vielen Fällen prügeln die Bullen weiter barbarisch auf 14- und 15jährige Jungen und Mädchen ein, nachdem sie sie bereits verhaf-

tet hatten. Aber das steigerte die Wut der Massen nur noch mehr.

Gestern Abend fand in Athen eine der größten und kämpferischsten Demonstrationen der letzten Jahre statt, zu der die linken Parteien und Organisationen aufgerufen hatten: 40.000 Menschen gingen auf die Strasse. Junge und Alte, StudentInnen und arbeitende Menschen marschierten stundenlang im Zentrum der Stadt, riefen Parolen gegen die Mörder-Regierung. Die DemonstrantInnen leisteten mutigen Widerstand gegen die wiederholten Angriffe der Spezialkräfte, die tonnenweise Tränengas, Gasbomben und so weiter einsetzten in ihrem (gescheiterten) Versuch, den Marsch zu zerschlagen. Den zweiten Tag bereits griffen die Repressionskräfte direkt den starken Block der Kommunis-

tischen Organisation von Griechenland an, warfen Tränengas mitten in den Block hinein; aber sie schafften es nicht, den Block zu zerbrechen, der sich rasch neu gruppierte und weitermarschierte.

Immer mehr Menschen kommen vorbereitet auf die Demonstrationen, „bewaffnet“ mit Masken und Flüssigkeit, um die Auswirkungen des Tränengases zu minimieren. Ähnlich (massenhafte Beteiligung, Kampfgeist, starke Repression) war die Situation bei den anderen Demonstrationen in ganz Griechenland. Die Regierung und die Massenmedien versuchen umsonst, das Augenmerk auf die „Zerstörung öffentlichen und privaten Eigentums“ zu lenken und die Aufmerksamkeit von den Mördern abzulenken, und vom Willen der Öffentlichkeit, diese Regierung zu stürzen.

## Der Charakter des Protests, unsere Orientierung (9. Dezember 2008)

Die Menschen sind bereits den vierten Tag hintereinander auf der Strasse. Sie greifen diese kriminelle Regierung an, die Regierung der Banker, des großen Geschäfts, der reaktionären Kirche, der Korruption und des Staatsterrors. Die Jugendlichen greifen diese kriminelle Regierung an, die ihre Zukunft zerstört und die Bildung privatisiert. Die arbeitenden Massen greifen diese Regierung

an, die Armut und Arbeitslosigkeit schafft, den nationalen Reichtum ausverkauft und provokant Milliarden zur Rettung der Banken und des Big Business anbietet.

Die Kommunistische Organisation von Griechenland sagt: Es reicht nicht, dass die Linke an dem Protest teilnimmt. Die Linke muss die Leute führen! Jetzt ist nicht der Zeitpunkt für Zögern und „institutionelle“

Politik. Wir müssen den allgemeinen Zorn und den Kampfgeist in einen Volksaufstand umwandeln. Es ist Zeit, dass der allgemeine Aufschrei „Nieder mit dieser Regierung der Diebe und Mörder“ zu einem Meer wird, in dem die kriminelle Regierung von K. Karamanlis untergehen wird.

Aus diesem Grund strengen sich alle Mitglieder und SympathisantInnen der KOE in

ganz Griechenland über ihre Grenzen hinweg an, um noch größere Massen auf die Straßen zu bringen, und die Regierung zu schlagen. Wir organisieren und unterstützen den Streik in den Schulen, an den Universitäten, Arbeitsplätzen, in den Wohnvierteln. Wir vereinigen unsere Aktionen, um die Regierung der Reichen und der Mörder zu stürzen. Wir arbeiten daran, den Generalstreik in eine allgemeine Verurteilung der Mörder, der

Armut und der Korruption zu verwandeln.

Alle auf die Strasse! Alle in den Kampf! Wir werden uns durchsetzen!

P.S.: Wir müssen die schändliche Position der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) verurteilen, die auf „gleiche Distanz“ zwischen der Regierung und den „Randalierern“ geht und es wagt, die Koalition der Radikalen Linken und die Kommunistische Organisation Griechenlands zu be-

schuldigen, dass wir „die Provokateure decken“. Sie sollten sich schämen dafür, dass Frau Petralia, Ministerin für Beschäftigung in der kriminellen Regierung von K. Karamanlis, ihnen gestern zu ihrer „verantwortungsvollen“ Haltung gratulierte. Wieder einmal gehen die „großen revolutionären Worte“ Hand in Hand mit der „realistischen Verantwortung“ und wieder einmal bieten sie ihre hilfreiche Hand der Regierung K. Karamanlis an.

## Kämpferischer Generalstreik, Gegenangriffe des Establishments (10. Dezember 2008)

Tausende Menschen versammelten sich um 15 Uhr am Friedhof Paleo Faliro, wo das Begräbnis stattfand. In gedrückter Atmosphäre, die tiefe Trauer ausdrückte, in völliger Stille, verabschiedeten sich Junge und Alte das letzte Mal von Alexis. Aber diese Regierung von Kriminellen respektierte nicht einmal das Begräbnis des ermordeten Jungen: Während die Zeremonie noch immer stattfand, umzingelte eine große Anzahl von Spezialkräften den Friedhof und begann damit, die Menschen zu provozieren. Das führte zu ausgedehnten Zusammenstößen; während der eine Gruppe von Polizisten begann, in die Luft zu schießen. Das war ein Beispiel dafür, was der Premierminister meinte, als er von „vollem Respekt für Demokratie und Menschenrechte“ sprach.

Gleichzeitig dauerten in vielen Vierteln von Athen und anderen Städten die Volksproteste an. In sechs Arbeiterinnenvierteln um Athen griffen hunderte von BewohnerInnen, vor allem junge Menschen, die jeweiligen Polizeistationen mit Steinen und anderen Objekten an. In dutzenden anderen Städten ebenso, etwa in Volos (Thessaloniki), Thessaloniki und Kavala (Mazedonien), Chania (Kreta), Mytilini (in der

Ägäis) und so weiter, es waren die größten Demonstrationen der letzten Jahre, oft gefolgt von Zwischenfällen mit der Polizei. In Patra (am Peloponnes) heuerte die Regierung Banden an, die sie aus Mitgliedern der Regierungspartei und Neonazis rekrutierte, die als „friedliche Bürger“ bezeichnet werden, und die, bewaffnet mit Knüppeln, versuchten, die DemonstrantInnen anzugreifen.

Der 24stündige Generalstreik am Mittwoch, 10. Dezember, war ein großer Erfolg, viel größer als vorangegangene Streiks, sogar im privaten Sektor. Treffen und Demonstrationen fanden in ganz Griechenland statt, unter Teilnahme von zehntausenden Angestellten, ArbeiterInnen, Jugendlichen, Arbeitslosen und PensionistInnen, und das trotz des „persönlichen Appells des Premierministers, keine öffentlichen Treffen abzuhalten, um weitere Zerstörungen hintanzuhalten“. Die zentrale Demonstration in Athen fand von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags statt, trotz des Beschlusses der Führung der Gewerkschaften, sich auf ein Treffen zu beschränken. Die Blöcke der Kommunistischen Organisation von Griechenland marschierten vom Treffpunkt zum Parlament, und vereinten sich mit der Demonstration der

anderen Verbündeten in der Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA). Die Blöcke von SYRIZA bildeten den Großteil des gesamten Treffens.

Während der Demonstration war keine Polizei vor Ort, und so kam es zu keinem Zwischenfall. Die Parolen der KOE waren: „Rücktritt jetzt!“ (gerichtet an die Regierung), „ND und PASOK (die Regierungspartei und die „sozialistische“ Partei) haltet das Maul, ihr seid beide Diebe und Mörder!“. Nach Demonstrationsende und während tausende Menschen noch von der Demo zurückgingen, begannen die Spezialkräfte wieder einmal, die Leute zu provozieren. Während dieser Text geschrieben wird, dauern die Auseinandersetzungen mit der Polizei immer noch an.



## Mitteilung des Pressebüros der KOE (10. Dezember 2008)

Während die KKE-Führung die ersten beiden Tage eine reine Zuschauerin war, die missmutig den Protest der Jugend beäugte, traf sie den Premierminister, nachdem sie gezwungen wurde, sich hinter die Mobilisierungen zu stellen. Nach diesem Treffen mit Herrn Karamanlis, rief Frau Papariga, die Generalsekretärin der KKE, die SYRIZA auf, „damit aufzuhören, die Randalierer zu hätscheln“. Die Übereinstimmung von Frau Paparigas Position mit ähnlichen Erklä-

rungen von Regierungsvertretern muss nicht hervorgehoben werden.

In diesen Tagen hat es oberste Priorität für jeden Militanten der Linken, für die gesamte Linke (und vor allem für die kommunistische Linke), sich mit den Gründen auseinanderzusetzen, die den aktuellen Protest schufen: die Politik der Marginalisierung, der Ablehnung, der Repression, des Neoliberalismus. Die Führung der KKE gibt vor, dass sie diese Priorität nicht verstehen kann,

und wieder einmal unterstützt sie die Regierung.

Wir antworten auf die schäbigen und schamlosen Szenarien über eine „Verschwörung innerhalb und außerhalb Griechenlands“, die von der KKE behauptet werden, um sich der Regierung von K. Karamanlis gegenüber als unschuldig und in einer Verteidigungsposition befindlich zu präsentieren, mit unserer Aktion:

Wir werden die Massenbewegung verstärken, um diese kriminelle Regierung zu stürzen!

## Wir werden vor der kriminellen Regierung nicht in die Knie gehen! Die „unheilige Allianz“ von „law and order“ kann den Protest nicht stoppen! (11. Dezember 2008)

1. Am Donnerstag, 11. Dezember 2008, gingen wieder zehntausende Jugendliche auf die Strasse, zeigten ihren Zorn und demonstrierten zu Polizeistationen in ganz Griechenland. Allein in Athen wurden 21 Polizeistationen von den Jugendlichen belagert, sie antworteten auf die Polizeiangriffe mit Steinen, warfen viele Polizeiautos um und zündeten sie an. Das sind keine „maskierten Randalierer“, sondern Schülerinnen, die gegen den Mord an Alexis protestieren, und gegen die Regierungspolitik, die ihre Zukunft umbringt. Tausende Menschen sind an ihrer Seite: ihre Eltern, ihre LehrerInnen, die Militanten der Linken. In vielen Fällen stellen sich diese Menschen vor die Polizisten, schützen die Jugendlichen, leisten Widerstand gegen die Polizeiangriffe, befreien verhaftete DemonstrantInnen sogar aus den Händen der Polizei.

2. Hunderte Schulen, technische Colleges und Universitäten im ganzen Land sind bereits besetzt. Die „Kommunistische Partei Griechenlands“ (KKE), die nun offen zur rechten Hand der kriminellen Regierung wurde, konnte die

Generalversammlungen der StudentInnen nicht verhindern. Der schändliche und erbärmliche Versuch dieser „treu gebliebenen KommunistInnen“, am Donnerstag Morgen den StudentInnen den Zutritt in die Universitäten zu verwehren, traf auf den Zorn der Jugendlichen, und innerhalb von Stunden mussten sie sich in Panik zurückziehen. Die Jugend entschied an diesem Freitag, 12. Dezember, neue zentrale Demonstrationen in ganz Griechenland abzuhalten, und wies die „verantwortungsvolle“ Haltung der KKE und der „sozialistischen“ PASOK zurück, die ebenfalls einen Appell „zur Ruhe und Würde (!), gegen Besetzungen und unkontrollierte Demonstrationen“ machte.

3. In diesen kritischen Momenten nimmt die „unheilige Allianz“ von „law and order“ Gestalt an, die Formierung der beiden einander gegenüberstehenden Lager wird klar. Auf der Seite der „Ordnung“ steht die Großbourgeoisie und die Regierung von Karamanlis, mit ihren Beschäftigten: den Massenmedien, der Polizei, den Banden von „verängstigten Bürgern, die ihr Eigentum schützen“ (die sich aus rechts-

extremen Kadern der Regierungspartei und Neonazis zusammensetzen). Hand in Hand mit ihnen geht die angebliche „Opposition“: die „Sozialisten“ der PASOK und die „Kommunisten“ der KKE, mit ihren Aufrufen zu einer „verantwortungsvollen Haltung“ und ihren offenen, dreisten Angriffen gegen die Radikale Linke. Diese „Opposition“ erhält die Gratulation der Regierung und des Establishments, die nur allzu glücklich sind, immer und immer wieder deren Anschuldigungen gegen die Koalition der Radikalen Linken zu wiederholen. Auch Führer der rechtsextremen Partei LAOS beschuldigten A. Alavanos, den Kopf der Parlamentsgruppe von SYRIZA, dass er „die Randalierer schützt“ und fügten hinzu: „Das sage nicht ich, Herr Avalanos. Das sind die Ihnen verwandten Geister der KKE, die das behaupten“.

4. Auf der anderen Seite setzt sich das Lager der Bewegung zusammen aus den revoltierenden Jugendlichen und den Kräften der Koalition der Radikalen Linken und anderen linken Organisationen, denen der außerparlamentarischen Linken. Bisher ist es der

Kampfkraft der Jugend und der Arbeit der KommunistInnen innerhalb der Koalition, die von der Kommunistischen Organisation Griechenlands repräsentiert wird, gelungen, diese Allianz im Protest aufrecht zu erhalten, und sie mit einer zutreffenden Forderung zu bewaffnen: „Diese Regierung muss gehen!“ Die Position unserer Organisation ist kristallklar: Wir nehmen mit all unseren Kräften an der Revolte teil. Wir lernen durch die Revolte und wir versuchen, diese weiter zu entwickeln und bewaffnen sie mit der nötigen Perspektive.

5. Die Blöcke der KOE in allen Demonstrationen waren kämpferisch und zogen sich angesichts von Polizeiangrif-

fen, die in vielen Fällen direkt gegen uns gerichtet waren, nicht zurück. Die KOE ist in vielen Städten Initiatorin des Kampfes und ihre Mitglieder spielen bei dessen Organisation eine aktive Rolle. In Patra war der Beitrag der KOE beim Aufstand der SchülerInnen ausschlaggebend. In Kavala führt die lokale Organisation der KOE den Protest gegen Repression und Regierung an – bis zu dem Punkt, dass der Bürgermeister dieser Stadt die KOE beschuldigte, die „Anstifterin der riots“ zu sein. In ganz Kreta stachen die Organisationen der KOE hervor, und vor allem in Heraklion, wo unsere Organisation eine führende Rolle bei der Besetzung des Präpekturgebäudes spielte.

Ebenso verhält es sich in anderen Städten in ganz Griechenland. Die KOE hat weiters letzten Dienstag ein vierseitiges Flugblatt unter der Hauptparole „Rebellion ist gerechtfertigt“ produziert und in einer Auflage von tausenden Stück in 35 Städten verteilt. Die KOE wird weiterhin mit all ihren Kräften daran arbeiten, den Kampf zu erweitern, mit dem Ziel des Sturzes der Regierung der Kriminellen, der Regierung der Reichen, der Regierung gegen das Volk gerichteten Polizei und der Korruption.

Rebellion ist gerechtfertigt! Nieder mit der kriminellen Regierung von Karamanlis! Entwaffnet die Polizei – löst die Spezial-„anti-riot“-Kräfte auf!

### Besetzte Schulen und Fakultäten, die Welle des Protestes erhöht den Druck (15. Dezember 2008)

Die Regierung versucht, die Jugendlichen mit schlimmster Repression zu terrorisieren, darunter mit hundertsten Verhaftungen, oft einhergehend mit physischer Gewalt während dem Arrest und auf den Polizeistationen. Viele der Verhafteten werden auf Basis der „Anti-Terror“-Gesetze angeklagt, und so mit schweren Strafen bedroht, ohne Berufungsmöglichkeit. Aus diesem Grund verschafften sich am Dienstag dutzende AktivistInnen Zutritt zu den Studios des staatlichen Fernsehens, als

dieses eine Rede von Premierminister K. Karamanlis übertrug; mehr als eine Minute lang zeigte das Fernsehen die Jugendlichen, die Transparente mit der Forderung nach der sofortigen Freilassung der verhafteten Militanten und StudentInnen entrollten.

Während wir diese Zeilen schreiben (am Morgen des Mittwoch, 17. Dezember), versammeln sich bereits hunderte StudentInnen vor dem Justizpalast in Athen, um ihre Solidarität mit den verhafteten GenossInnen auszudrücken.

Darüber hinaus hat eine große Gruppe von prekarierten Arbeitenden nun friedlich das Hauptquartier der „Labor Confederation“ besetzt, sie protestiert gegen die Weigerung der Gewerkschaftsbürokraten, für morgen einen Generalstreik auszurufen (morgen ist Aktionstag und es wird weitere zentrale Demonstrationen der StudentInnen und LehrerInnen geben). Gleichzeitig finden dutzende lokale Aktionen in vielen Stadtvierteln und Städten statt, unter Beteiligung tausender Jugendlicher.

### Neue, große Proteste, neue mörderische Angriffe gegen die revoltierenden Jugendlichen (17. Dezember 2008)

Am Mittwoch, 17. Dezember, blockierten StudentInnen der Oberschulen den Justizpalast in Athen aus Solidarität mit den hunderten verhafteten Jugendlichen und verlangten deren sofortige Freilassung. Im Großraum Athen blockierten Jugendliche Hauptstraßen und Autobahnen. Am gleichen Tag

führte die Koalition der Radikalen Linken (SYRIZA) eine koordinierte, landesweite Kampagne in dutzenden Vierteln und Städten durch, mit Demonstrationen und anderen Aktionen, unter der Parole: „Milliarden für die Banken – Kugeln für die Jugendlichen: Vertreiben wir sie!“ Der Zorn der Jugend-

lichen und der Massen steigt erneut, weil die Regierung und die „Justiz“ den Vorfall manipulieren, indem sie vorgeben, dass der kaltblütige Mord an Alexis kein vorsätzlicher Mord gewesen sein soll! Am Vortag marschierte eine große Gruppe von SYRIZA-AktivistInnen auf die Akropolis und entfal-

tete zwei riesige Transparente, die zum Widerstand und zu Solidaritätsdemonstrationen aufriefen.

Donnerstag, 18. Dezember: 750 Schulen und 180 Universitäten und technische Colle-

ges sind nun besetzt. In ganz Griechenland werden neue Proteste vorbereitet, während die Regierung und die Massenmedien hoffen, dass die zweiwöchigen Schul- und Universitätsferien zu Weihnachten (die

morgen, Freitag, beginnen) die Kampfkraft der Bewegung zersetzen werden. In Reaktion darauf lautet die neue, an die Adresse der Regierung gerichtete Parole: „Fröhliche Weihnachten auf den Straßen!“

### Weihnachten auf die Straße! (22. Dezember 2008)



Am 21. Dezember gab es viele Demos, die von den Kräften der Radikalen Linken organisiert waren und in den Stadtvierteln von Athen und anderen Städten die Polizeistationen angriffen. Bei der Parlaments-sitzung am Abend gratulierte der Führer der rechtsextremen LAOS-Partei wieder der KKE („Kommunistischen“ Partei Griechenlands) für ihre „verantwortungsvolle Haltung und beispielhafte Organisation“. Die Generalsekretärin der KKE, Aleka Pappariga erklärte: „Das ist keine Revolte; in einer wirklichen Massenrevolte wird nicht einmal ein Glas verschlagen werden“ und sie versuchte wieder einmal, die SYRIZA mit „Provokatören“ gleichzusetzen. Ein führender Kader der (sozialdemokratischen) PASOK, Theodoros Pagkalos, klagte die SYRIZA an, die „Aufstände und politische Landstreicherei anzuleiten“. Der Führer der Parlaments-

gruppe der Koalition der Radikalen Linken, Alekos Alvanos, erklärte in seiner Rede: „Wenn eine direkte Konfrontation stattfindet, muss sich jede politische und gesellschaftliche Kraft entscheiden auf welche Seite sie sich stellt: entweder mit dem System oder gegen dieses. Heute haben die Regierungspartei, die LAOS-Partei und die KKE behauptet, es gebe keine Jugendrevolte. (...) Sie alle fürchten sich vor der nahen Zukunft, vor dem Tag, an dem sich das ganze arbeitende Volk mit der Jugend erheben wird. Wir, die Koalition der Radikalen Linken, warnen sie: Sie werden uns nicht zum Rückzug zwingen können. Wir werden nicht einmal einen Millimeter zurückweichen. Wir werden keine Loyalitätserklärung für das System unterschreiben!“

Quelle:  
<http://international.koel.gr/>

### An die Kommunistische Organisation Griechenlands (KOE)

Liebe Genoss/innen!

Wir senden euch unsere Roten Grüße zu eurem scharfen Kampf für den Sturz der Regierung und einen demokratischen Aufschwung der Volkskämpfe gegen das reaktionäre System.

Wir sind zuversichtlich, dass ihr nicht nur mitten in den Kämpfen auf der Straße in vorderster Front kämpft, sondern auch alles unternimmt, um das politische Klassenbewusstsein der kämpferischen Massen der Jugendlichen voran zu bringen. Wir wissen nicht viel über die

Klassenkampfsituation in Griechenland, aber wir haben von euren Einschätzungen (und neuesten Erklärungen) erfahren, dass die jüngsten und immer noch andauernden Kämpfe immer deutlicher zeigen, welche Parteien und Organisationen wirklich dem Volk dienen und den revolutionären Kampf vorantreiben und welche angeblichen „Sozialisten“ und „Kommunisten“ das kapitalistische System samt seinem Unterdrückungsapparat und sogar die gegenwärtige reaktionäre Regierung verteidigen. Nur wenig Jahre nach den he-

rausragenden Kämpfen in den banlieus von Paris und in anderen französischen Städten zeigt jetzt die griechische Jugend auf noch klare politische Weise eine kämpferische Entschlossenheit, nicht nachzugeben, sondern gegen unseren Feind zu kämpfen.

*Rebellion ist gerechtfertigt!*

Revolutionäre kommunistische Grüße aus Österreich,

Initiative für den Aufbau einer Revolutionär-Kommunistischen Partei (Österreich)  
12.12.2008